

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 257

SONNTAG, 22. Mai 1938

Aus dem Inhalt:

Spaniens Anklage

Kriegsschiffe mit Rissen

Hitlerniederlage in Brasilien

Preis: Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran. Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

# Vor einem neuen Gewaltstreich

## Hitlerfrieden?

Was wird aus dem deutschen Volke?

Im September 1936 stand ein illegaler Berliner Sozialdemokrat vor dem Volksgerichtshof. Die Anklage warf ihm Hochverrat vor, weil er illegale Arbeit für die Sozialdemokratische Partei geleistet habe. In mutiger Rede hielt er den Volksrichtern vor: „Und was wird aus dem deutschen Volke? Was soll aus ihm werden, wenn die heutige Regierung das Volk in einen wirtschaftlichen Engpass treibt und die ganze Welt gegen Deutschland aufbringt, was soll aus ihm werden, wenn alles niedergeschlagen wird, was sich aus dem Volke selbst für seine künftige Rettung erhebt?“ Die „Volksrichter“, unter ihnen hohe Offiziere, wurden sehr nachdenklich. Ihre Nachdenklichkeit hat sie indes nicht abgehalten, den Sozialdemokraten zu sechs Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

Was soll aus dem deutschen Volke werden? Niemals war es angebrachter als heute, diese Frage aufzuwerfen. Die Reden Hitlers verheissen dem deutschen Volke eine grosse und herrliche Zukunft. Er träumt von der Weltherrschaft und zeigt dem Volke fremde Länder, Völker und Reichtümer als Beute. Im Rausch des erfolgreichen Nationalismus ist kein Raum für die Frage: was soll aus unserem Volke werden? Dem Rausch wird künstlich nachgeholfen. Immer gewaltiger, rauschender und kostspieliger werden die Feste und Paraden, immer grösser der kriegerische Lärm, der sie umgibt. Wenn Hitler nach Berlin kommt, müssen Kanonen donnern. Dennoch geht zwischen den Paraden ein dumpfes Murmeln im Volke. Die Sorgen des Alltags und die Furcht vor dem Kriege lassen sich nicht durch Kanonendonner und Scheinwerferbeleuchtung aus der Welt schaffen. Mag zur Stunde die Lage in Europa noch so sehr zu Gunsten der Eroberungspläne Hitlers sprechen — dennoch gibt es Millionen von Deutschen, die sich fragen: was nützen uns Eroberungen, Kolonien, die Vormacht in Europa, was nützt es dem Volke, wenn wir die ganze Welt in Schrecken halten? Sollen wir auf Jahrzehnte unser Leben, unsere Arbeit, unsere Kinder für die Rüstung opfern, die immer drückender werden muss, je mehr Erfolge dieser Art wir einheimen? Wird niemals wieder Frieden werden? Werden wir niemals wieder Wohnhäuser bauen statt Kasernen, niemals wieder Hemden und Kleider und Schuhe fabrizieren statt Kanonen?

Wer aber wagt es auszufragen, wie es nach dem Kriege sein würde, in den

## Das neue Hitlerultimatum

Die Forderungen in der sudetendeutschen Frage

Ueber den Inhalt der Unterredung, die der englische Botschafter Henderson in Berlin mit Reichsaussenminister Ribbentrop über die tschechoslovakische Frage hatte, ist amtlich nichts mitgeteilt worden. Das Organ Görings jedoch, die Essener „Nationalzeitung“ erklärt in Nr. 130 mit brutaler Deutlichkeit, was Hitler in der sudetendeutschen Frage fordert und verkündet:

1. die Anerkennung, dass „nur Deutschland als die in Mitteleuropa führende Nation für die Ordnung in diesem Teile verantwortlich ist“, dass also England und Frankreich sich an der Tschechoslovakei wie überhaupt an allen mittel- und osteuropäischen Fragen zu desinteressieren hätten;
2. die Annahme der von Henlein in Karlsbad aufgestellten Forderungen durch die Prager Regierung, und zwar „schnell und vollständig“;
3. dass Deutschland die Nichtannahme dieser Forderungen nicht dulden werde;
4. dass diese Auffassung des deutschen Reiches unabänderlich sei, und dass die Westmächte sich damit abzufinden hätten;
5. dass Hitler von der englischen Regierung erwartet, dass sie die fran-

zösische zur Unterwerfung unter die deutschen Forderungen zwingen.

Kein Zweifel, dass — so oder so — mit Windeseile verhängnisvolle Entscheidungen herannahen, deren Gewicht das der Rheinlandbesetzung weit übertreffen wird.

### Innere Kriegsmassnahmen

Hitler bereitet einen neuen Gewaltstreich vor. Er schreckt vor einem allgemeinen europäischen Kriege nicht zurück. Vor seiner Abreise nach Berchtesgaden hat er eine Reihe von Anordnungen erlassen, die alle auf die restlose Bereitstellung der deutschen Militärmacht für Ende Mai hindeuten.

Von diesen Anordnungen beziehen sich zwei auf den Kriegsschauplatz Innerdeutschland:

1. die Zahl der Angehörigen der Totenkopfverbände soll unverzüglich von 30 000 auf 100 000 Mann gebracht werden;
2. alle politischen Gefangenen sollen in zwei grossen Konzentrationslagern zusammengezogen werden, weil die übrigen Lager für die Unterbringung der Totenkopfverbände gebraucht werden.

die Politik Hitlers das deutsche Volk hineintreibt? Der Uebermut der deutschen Gewalthaber glaubt, die demokratischen Völker Europas, ja die ganze Welt auf die Knie vor dem deutschen Militarismus zwingen zu können. Ihr Zukunftsbild ist sehr einfach: die ganze Welt dem deutschen Volke unterworfen, und das deutsche Volk ihnen. Sie nennen das Ehre, Grösse und Mission des deutschen Volkes.

Sie pochen auf die Macht, die in der Zahl und dem Umfang der Rüstungen liegt. Sie berauschen sich an der Zahl von 75 Millionen Deutscher. Aber neben dem deutschen Volke leben andere Völker, mit denen sich das deutsche Volk an Zahl nicht messen kann, und deren militärische Kraft auf ein Mass gebracht werden könnte, vor dem die heutigen Rüstungen Deutschlands verblassen. Haben nicht die Vereinigten Staaten von Amerika schon einmal einen Weltkrieg zu ungunsten Deutschlands entschieden? Sollte nicht das Erwachen und Erstarken Chinas im Freiheitskampfe gegen die Eroberungslüster „Preussen des Ostens“ den Preus-

sen an der Spree und in Berchtesgaden zu denken geben?

Werden denn die anderen Völker Europas sich dem deutschen Diktat beugen und sich auf die Dauer der deutschen Vorherrschaft unterordnen? Können denn überhaupt Völker ohne Krieg nebeneinander wohnen, wenn zwischen ihnen eine Herrschaftsordnung aufgerichtet werden soll? Es ist wahr, dass die Machtpolitik Hitlers heute Nutzen zieht aus der Schwäche der europäischen Demokratien, aus den verwandtschaftlichen Gefühlen, welche die Rechtsparteien in Europa für alles Reaktionäre haben, aus der Bereitschaft Englands, den Frieden für sich selbst auf Kosten anderer zu erkaufen. Aber die, die heute schwach sind, und die, die den Frieden um den Preis ihrer Schande erkaufen, tun es mit Ingrimm! Bei diesem schrittweisen Zurückweichen der westeuropäischen Regierungen sammelt sich in weitesten Kreisen ihrer Völker ein Gefühl der Scham und des Hasses an, das eines Tages mit vulkanischer Gewalt explodieren könnte. Der „deutsche Friede“, den Hitler Europa aufzwingen will, ist so

Beide Anordnungen entsprechen dem Programm, das seinerzeit Himmler für den Kriegsschauplatz Innerdeutschland aufgestellt hatte, das wir im „Neuen Vorwärts“ veröffentlicht haben. Es erfüllt uns mit der grössten Sorge, was mit den politischen Gefangenen auf dem Transport in die beiden Riesenkonzentrationslager, und was dort mit ihnen geschehen würde. Dem System ist die kaltblütige Abschachtung von Tausenden von politischen Gefangenen wohl zuzutrauen.

### Im Zeichen des Terrors

Wir lesen im Karlsbader „Volkswille“, der tapferen sozialdemokratischen Zeitung, die im Zentrum des Henlein-Terrors erscheint, den folgenden Aufschrei: „Es ist ein wahres Martyrium, das unser tapferes Grenzvolk durchzumachen hat. In tausendfältigen Formen äussert sich der Terror: Von der Brotlosmachung über die Wohnungskündigung bis zum wirtschaftlichen Boykott, vom Druck auf die Geschäftswelt, sozialdemokratischen Blättern keine Inserate zu geben bis zu der Forderung, sozialdemokratische Zeitungen in Gasthäusern nicht aufzulegen, von der Lügenpropaganda bis zum brutalen Ueberfall auf aufrechte Arbeiter. Dazwischen Beschimpfungen und Verhöhnung und Einschüchterung — wahrhaftig, es gehört viel Kraft dazu, diesem Uebermass von Gemeinheiten standzuhalten.“

gut ein Hassfrieden, der wieder Hass erzeugen muss, wie ein vorhergehender! Was wird aus dem deutschen Volke und seiner Zukunft, wenn diese Explosion eines Tages erfolgt, wenn sich gegen die Herrschsucht der deutschen Despotie eine übermächtige Koalition zusammenschliesst, in der alle politische Mässigung und Weisheit durch die plötzliche Befreiung der jahrelang angesammelten Hassgefühle beiseite gestossen wird?

Wie, wenn Deutschland den Krieg provoziert, und dieser Krieg nach unendlich blutigem Ringen zu einer Strafexpedition einer empörten Welt gegen das deutsche Volk würde? Wenn die jahrelange Furcht, in die die hitlerdeutsche Provokation die Völker versetzt hat, darin Entladung findet? Wer mit dem Kriege spielt, treibt das deutsche Volk dieser Gefahr entgegen; denn jeder Krieg bringt seinen eigenen Hass mit sich.

Heute versetzt das System das deutsche Volk mit lärmenden Festen, Empfängen und Paraden in einen Rausch wie nach einem gewonnenen Weltkrieg. Erst die Heimkehr Hitlers nach der Annektion Oesterreichs, jetzt sei-



# Von Krise zu Krise

## Der Zusammenbruch der Illusionen

ne Heimkehr aus Italien. Eine Steigerung scheint nicht mehr, möglich zu sein. Mit Staunen und Zweifeln fragt man: warum und wozu der Lärm? Soll er unmittelbar in einen neuen Gewaltstreik überleiten, soll er jede Besinnung über die Zukunft des deutschen Volkes unter dieser Führung zu Boden schlagen?

Der Uebermut Hitlers wächst in den Himmel. Aber was wird aus dem deutschen Volke? Welchen furchtbaren Prüfungen geht es entgegen?

### Wer schämte sich?

Die römischen Feste sind verrauscht. Unzählige Bilderseiten der deutschen Presse spiegeln noch ihren Glanz. Während Hitler sich bereits neuen Taten zuwendet, genießen die deutschen Leser, und vor allem die Leserinnen, sein Bildnis mit und ohne König, mit und ohne Mussolini, mit römischem Paradeschritt im Hintergrund oder mit brennend beleuchtetem Kolosseum zur Seite, Hitler mit kleinen Kindern, denen er zulächelt (sein Leibphotograph Hoffmann hat ihm schon ganz gut beigebracht, wie so etwas auszusehen hat), oder umringt von blondbezipften Schulmädchen. Auch ein paar Bilder mit seinen Ministern im Hintergrund und ein paar Händedrucke mit Göring gibt es zu befehlen.

Nur ein Bild suchten wir vergeblich. Ein Bild von seiner neuesten Formation, der SSS, von Hitlers schreibender Schutzstaffel. Achtzig uniformierte Berichterstatter sind nach Italien abkommandiert worden. Goebbels hat ihnen schöne Uniformen verordnet. Vierhundert Mark hat jede einzelne gekostet. Berausend müssen sie ausgesehen haben. Wenn man bedenkt, dass ein halbwegs gerade gewachsener junger Mann in einem Anzug der vor 1933 etwa die Hälfte kostete, schon fast aussehen konnte wie Hans Albers persönlich, da kommt einem erst zum Bewusstsein, was jeder verpasst hat, der die neuen SSS-Männer noch nicht im Glanz ihrer Schaffstiefel und Uniformen gesehen hat. Und noch nicht einmal ihre Photographie ist in den Zeitungen zu finden. So recht ausgerichtet wohl hätten wir sie uns gewünscht. Im Vordergrund die Redaktionen, die 1933 nicht erst ihren Redaktionsstab, sondern nur ihre Gesinnung gewechselt haben, etwa mit Herrn Kieher in der Mitte.

Sie werden sich doch nicht etwa geschämt haben, so auf die Nachwelt zu kommen, die SSS-Männer? Es wäre schade! Wir gestehen: Uns hätte das Bildchen gefreut.

### Drohung gegen Lettland

Auch Lettland wird immer tiefer in die hitlerdeutsche „Interessensphäre“ einbezogen. Seit dem Einmarsch in Oesterreich riskieren die deutschen Nazikreise in Riga mancherlei kräftige Töne. Ziemlich ungeniert wird ausgesprochen, dass Riga eigentlich eine deutsche Stadt und ganz Lettland überhaupt „deutscher Kulturboden“ sei. Gegen diesen „Germanismus“ wandte sich kürzlich der lettische Staatspräsident Ullmanis in einer Rede. Es könne, führte er aus, in Lettland nur eine Kultur und nur eine Geschichte, die lettische geben. Es könne, da die lettische Kultur sehr duldend sei, die eine oder andere Abzweigung erlaubt sein, die sich aber letzten Endes in die lettische Kultur einfügen müsse. Diese Feststellung veranlasste den „Völkischen Beobachter“ zu einem wüsten Hetzartikel gegen das Lettentum, der mit einer ausgesprochenen Gewaltandrohung schließt. Den Letten werde — erklärt der „Völkische Beobachter“ — aus ihrer Haltung kein Segen erwachsen.

„Wir müssten uns sehr dafür interessieren, was sich . . . ein Volk von 1,5 Millionen Köpfen von einer solchen Politik verspricht.“

Der Hinweis auf die geringe Bewohneranzahl Lettlands kann in diesem Zusammenhang nur Sinn haben als Hinweis auf die militärische Schwäche des kleinen Landes gegenüber dem aufgerüsteten Hitlerstaat.

**Junkers über Barcelona.** Nach Meldungen verschiedener englischer Zeitungen wurden bei den letzten Luftangriffen auf Barcelona nicht mehr, wie seither, die italienischen „Savoia“-Flugzeuge verwendet, sondern deutsche Junkers-Maschinen. Resultat am ersten Tag: 48 Tote, 110 Verwundete. Zweiter Tag: 10 Tote und 40 Verwundete.

**Deutscher Seekrieg.** Das Franco-Kriegsschiff „Canarias“ wurde mit neuen starken deutschen Geschützen bestückt. Es manövriert gegenwärtig zusammen mit den deutschen U-Booten U 31 und U 32 vor Cadix. Diese beiden deutschen U-Boote sind zur Sicherung von Kriegsmaterial-Transporten nach Cadix bestimmt.

Rasch reiten die apokalyptischen Reiter, und in der letzten Woche haben sie eine ansehnliche Strecke zurückgelegt.

Die 101. Session des Völkerbundsrats hat es völlig klar gemacht, dass von irgend einer kollektiven Sicherheit, von einer Koordination der Friedenspolitik nicht mehr das Geringste übrig bleibt. Das ist nicht Schuld der Institution, das ist ausschliesslich die Schuld der früher führenden Grossmächte, vor allem der Politik der englischen Regierung. Es ist die Weigerung Englands, bestimmte Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten zu übernehmen, die einen Teil der Mittel- und Kleinstaaten dazu gebracht hat, sich unter den Schutz des deutsch-italienischen Blocks zu begeben, und einen anderen Teil, sich in eine Neutralitätspolitik zu flüchten, die praktisch einer Steigerung der Kriegsgefahr gleichkommt. Die englische Politik hat so gegenüber Abessinien, China und Spanien nicht nur zur Preisgabe aller Grundsätze geführt, die eine internationale Sicherheit gewährleisten konnten, sie hat auch ganz Europa in einen Zustand beispielloser politischer Anarchie versetzt, im gleichen Moment, in dem Deutschland und Italien ihre militärische Kraft zum neuen Angriff zusammenballen. Die Tagung des Völkerbunds endet damit, dass fast alle europäischen Staaten die Eroberung Abessinien ausdrücklich anerkennen werden, dass China mit ein paar freundlichen Worten abgespeist wird und dass Mussolini und Hitler freie Hand in Spanien behalten. Preisgabe von Ideen? Gewiss! Aber mit der Preisgabe der Ideen, mit der Preisgabe des internationalen Rechts und der internationalen Moral verbunden ist die Preisgabe der realen Machtposition. Die Niederlage der Ideen ist kein Sieg der Realpolitik. Sie führt vielmehr, zu deren völligen Bankrott. Ideenlosigkeit ist eine schreckliche Schwäche — in der Realität.

Nachdem die englische Regierungspolitik die kollektive Sicherheit kaputt gemacht hat, blieb nur eine reine Machtpolitik übrig. England verhandelte mit Italien und brachte einen Vertrag heim. (Unterdessen hatte Hitler Oesterreich annektiert und damit die Machtumwälzung in Mitteleuropa herbeigeführt). Der Vertrag enthält eine annehmbare Regelung der Fragen im östlichen Mittelmeer, das ja noch keinen akuten Krisenherd darstellt. Er bringt für diese Region keine Machtänderung. Aber im

westlichen Mittelmeer, wo es um die Lebensinteressen Frankreichs und Englands geht, gibt er ausdrücklich Mussolini freie Hand in dem gefährlichsten Gebiet, in Spanien. In Genf ist diese Handlungsfreiheit noch neu bekräftigt worden. Die englische Machtpolitik hat so mit einer Kapitulation vor der Macht der anderen begonnen. England hat freilich das Versprechen des Mussolini, dass nach dem Siege Francos, also nach der Stabilisierung der Macht Italiens und Deutschlands in Spanien, die italienischen Streitkräfte zurückgezogen werden. (Von Deutschland ist dabei übrigens nicht die Rede, es hat sich zu nichts verpflichtet. Chamberlain glaubt nicht an Ideen, aber er glaubt dem Papier.)

Doch der Glaube hat eine schwere Erschütterung erlitten. Noch nach der Zusammenkunft Hitlers mit Mussolini wollte man in London die Wahrheit nicht sehen. Jetzt hat die Rede Mussolinis in Genua dafür gesorgt, dass man sie nicht mehr leugnen kann. Hatten wir hier nach den Trinksprüchen in Rom gesagt, dass sich Mussolini und Hitlers Reden nur durch verschiedene Lautstärke unterschieden, so hat jetzt Mussolini durch sehr kräftige Töne für das Verschwinden jedes Unterschieds gesorgt. Gerade in den Hauptpunkten bringt sie ausserordentliche Klarheit. Das ist zunächst Spanien. Mussolini wiederholt nicht nur, dass er den Sieg Francos will, er macht den Abschluss der mit Frankreich schwebenden Verhandlungen geradezu davon abhängig, dass Frankreich auf jede Einflussnahme in Spanien völlig verzichtet. Käme aber der Vertrag mit Frankreich, der die kritischen und entscheidenden Fragen des westlichen Mittelmeers bereinigen sollte, nicht zustande, dann wäre zugleich der englische Vertrag völlig entwertet und die ganze Politik Chamberlains torpediert. Denn das Spanien Francos bliebe nach dem erzwungenen Desinteressement Englands und Frankreichs Italiens Einflusszone und an dieser Tatsache würde das Verbleiben oder das Zurückziehen italienischer Streitkräfte nichts ändern. Die Machtumwälzung im Mittelmeerraum wäre genau so vollzogen wie die im osteuropäischen Gebiet.

Der zweite Punkt betrifft die Tschechoslovakei. In London hatte man sich Hoffnung gemacht, dass Mussolini mässigend oder zurückhaltend auf Hitler einwirken werde. Wieder formuliert Mussolini seine Stellung mit aller Of-

fenheit. Italien werde nicht den unnützen Versuch des alten Oesterreichs der Habsburger und Metternichs wiederholen, das Streben der Nationen zur Einheit zu verhindern. Damit ist Hitler ausdrücklich die Unterstützung Italiens in der sich jetzt akut zuspitzenden Krise zugesichert. Damit kein Zweifel an dem Sinn dieser Unterstützung bestehen könne, spricht Mussolini von den angeblichen Angriffsabsichten der sogenannten grossen Demokratien, die einen Krieg für ihre Doktrinen vorbereiten. In diesem Falle würden die autoritären Staaten sofort einen Block bilden und bis ans Ende marschieren. In den letzten zwölf Jahren sei Italien rasch voranmarschiert. Aber was getan worden sei, könne nur als eine Etappe betrachtet werden. „In dem Kampf der Nationen und Kontinente darf man nicht stehen bleiben, denn wer still steht, der ist verloren.“

Nach dieser Rede wird man sich über die Bedeutung der Zusammenkunft Hitlers mit Mussolini keinen Täuschungen mehr hingeben dürfen. Mussolini und Hitler haben sich noch enger verbündet. In Genua hat Mussolini von der engen Entente mit Jugoslawien gesprochen und das erhebt unsere bisherige Vermutung zur Gewissheit, dass zwischen Italien und Deutschland Abmachungen über die Einflusszonen im mittel- und osteuropäischen Raum getroffen sind, wobei die Tschechoslovakei und wohl auch Ungarn und Rumänien den Deutschen, Jugoslawien und wahrscheinlich Griechenland dem italienischen Einfluss zugewiesen sind. Eine Zusammenarbeit mit England und Frankreich ist nach der verstärkt aggressiven Haltung der Diktatoren fortan nur möglich, wenn die Bedingungen, die die beiden Diktatorstaaten stellen, angenommen werden. Zu deren Durchsetzung sichern sich Italien und Deutschland gegenseitig militärischen Beistand zu.

Wir haben diese Entwicklung seit Jahren kommen sehen. Sie liegt im Wesen des totalen Nationalismus, im Wesen der Diktatur. Es ist ungeheuer charakteristisch, dass heute — viel zu spät — dieser Erkenntnis selbst von dem Ausdruck gegeben wird, die bisher in Frankreich die Verständigung mit Italien als der politischen Weisheit letzter Schluss angepriesen haben. Der römische Korrespondent des „Temps“, dem mit seinen Sympathien durchaus auf Seiten des italienischen Faschismus gestanden hat, schreibt:

„Der Duce ist ein Diktator; er befiehlt sein Instinkt richtet sich nur auf das eigene Schicksal; ein Dämon treibt ihn, er ist ein Mann des Kampfes. Bei seinen Gesprächen mit Hitler musste er daran denken, er werde, falls er den Weg zur europäischen Solidarität beschritte, eines Tages gezwungen sein, sein Programm der Aktion, das Abenteuer aufzugeben, ja noch mehr, bis zu einem gewissen Punkt das abzuschweren, was die Grundlage des Faschismus ausmacht: Kühnheit, kriegerischen Geistes, Machtwillen, militärischen Ruhm, Größe und Vorherrschaft des Vaterlandes. Der Weg zur europäischen Verständigung zielt er den der faschistischen Dynamik vor.“

So ist es bei Mussolini, dem vom Dämon Besessenen, so bei Hitler, dem Gott gesandten.

Höchste politische Aktualität aber gewinnt die Rede für die Entwicklung der tschechoslovakischen Krise. Gestützt auf die italienische Unterstützung proklamiert man in Berlin eine neue Nicht-einmischungstheorie. Der ganze mittel- und osteuropäische Raum, all die bisher unabhängigen kleinen und mittleren Staaten, gehören ausschliesslich in den deutsch-italienischen Machtbereich. Von dem jeder Einfluss der Westmächte ausgeschlossen bleiben soll. Die Auseinandersetzung mit der Tschechoslovakei ist eine rein deutsche Angelegenheit. Der englische Vermittlungsversuch in Genf, der in Berlin kübler Abweisung und die „Essener Nationalzeitung“, das Organ Görings, verkündet offen, dass die völlige Kapitulation übrig bleibe.

Werden die Westmächte sich unterwerfen, werden sie den Feinden dieses ungeheuren Machtzuwachs kampflos gestehen? Ist der Krieg schon bevorstehend? Die Frage ist nicht so zu entscheiden.

# Schutten wie nie zuvor!

## Der Sinn der « Befreiung » Österreichs

Göring hat den Bau der Reichswerke in Linz eröffnet. Er hat in einer Rede den Arbeitern und dem österreichischen Volke klar gemacht was „Befreiung“ im Sprachgebrauch des Dritten Reiches bedeutet. Er sprach:

„Es kam ja nur darauf an, dass jeder einzelne, der an diesem Werk des Aufbaues der Ostmark beteiligt ist, mit Hand anlegt, und zwar in schärferem Tempo, als man bisher gewohnt war. Deshalb habe ich schon in Wien erklärt:

*Bildet euch nicht ein, dass wir aus dem Altreich gekommen sind, um euch das Bett zu bereiten, in das ihr euch hineinlegen könnt.*

Wir sind nur gekommen, um euch zu helfen. Arbeit schaffen müsst ihr selbst. Ihr müsst die Welt Lügen strafen, die das Wort von der österreichischen Gemütlichkeit geprägt hat. Gemütlichkeit nach der Arbeit ist sehr schön — Gemütlichkeit während der Arbeit aber ist Faulheit.

So werdet ihr jetzt beweisen, dass der Deutsche in der Ostmark genau so hart zu arbeiten versteht und grosse Leistungen vollbringt wie der Arbeiter im übrigen Reich.

Vergesst auch ihr niemals, dass unsere Generation in jenen furchtbaren Tagen des Jahres 1918 und in den darauffolgenden Jahren versagt hat. Dafür müssen wir jetzt loppelt arbeiten. Es ist niemandem in der Welt etwas geschenkt worden, und wir wollen uns auch nichts schenken lassen. Wer mithelfen will, ein Reich aus solchem Verfall und solcher Ohnmacht, Schande, aus Not und Elend aufzubauen,

*der darf nicht nur acht Stunden am Tage arbeiten, der muss schaffen, wie nie zuvor gearbeitet wurde.*

Hier gibt es für niemanden eine Ausnahme.“

Das ist klar: die österreichischen Arbeiter sind zu Sklaven des Dritten Reiches geworden, die zu schuffen haben und sonst nichts. Göring aber, der verkündete, das niemand etwas geschenkt erhalte, wurde unmittelbar vor der Rede reich beschenkt. Der „Völkische Beobachter“ meldet:

„In der Mitte der Halle waren auf einem Tisch die Ehrengeschenke ausgebreitet, die der Gauleiter von Oberösterreich für den Heimatgau des Führers dem Generalleutnant überreichte: eine vollständige Jagdausrüstung aus dem Jahre 1624, ein kunstvolles Weidmesser mit Elfenbeingriff und ein ebensolches Jagdhorn aus dem Besitz des polnischen Königs Sobiesky, dann ein Oelgemälde des englischen Malers Philipp von Hamilton, dem Hofmaler Kaiser Karls VI., und der Maria Theresia, das eine Falkenjagd darstellt, ausserdem einen prachtvollen Standhauer (Weidmesser) aus der berühmten Steyrer Stahlschnittschule Blümelhuber.“

Hermann Göring war von diesen prachtvollen Geschenken sichtlich erfreut.“

Das eroberte Volk muss schuffen wie nie zuvor. Die Eroberer plündern die österreichischen Museen für ihren Privatesitz. Die Arbeiter verlieren den Achtstundentag. Göring macht Beute. Man nennt das „Befreiung“.



den, wie manche glauben mögen. Denn auch die Tschechoslowakei wäre nur eine Etappe, der Schritt, den Hitler jetzt zurücklegt, für den er mit Zustimmung Mussolinis sozusagen jetzt an der Reihe wäre. Diesem Schritte Hitlers müsste, schon um das Gleichgewicht der Achse wiederherzustellen, der Schritt des anderen Diktators folgen. Und Mussolinis Bereich, das ihm Hitler, wenigstens in der jetzigen Phase, überlässt, ist das Mittelmeer, ist Nordafrika, ist dort, wo die Lebensinteressen Frankreichs und Englands ganz unmittelbar auf dem Spiele stehen. Geht die tschechische Krise so oder so ohne Krieg vorüber, so eröffnet sich, fast unausweichbar, die noch gefährlichere im Westen. Es ist richtig, was der römische Korrespondent des „Temps“ sagt: „Die Rede des Duce ist nicht nur sehr aufschlussreich: sie ist auch sehr schicksalsschwer“.

### Der Mohr kann gehen

#### 30. Juni droht in Österreich

Die österreichische SA. macht die gleichen bitteren Erfahrungen mit dem Dritten Reich wie einst die unentwegten Anhänger Böhms. Sie haben geglaubt, dass nach dem Sturze Schuschnigg's Österreich ihnen gehören werde, und nun erkennen sie, dass sie selbst nur Objekt sind, Werkzeuge, die nach Gebrauch heisseite geworfen werden. Sie haben ein wenig plündern, ein wenig morden dürfen — aber die wahre Beute fällt ihnen nicht zu. Die einflussreichen Verwaltungsstellen und die Führerstellen der Partei, alles, was Macht und Reichtum bedeutet, nehmen die Eroberer für sich. Jetzt auf einmal, nach der Annektion, schreibt die österreichische SA nach der österreichischen Autonomie und schwört auf die Parole: die österreichischen Stellen den österreichischen Nazis! Ach, wie kennen sie das erobernde Preussentum schlecht, an das sie ihr Land und sich selbst verraten haben! Jetzt hinterher rebellieren sie, weil die Beute ausbleibt. In einem Flugblatt, das sie mit Hilfe ihres bisher illegalen Apparates verbreitet haben, schreiben sie ihre Wut und ihre Enttäuschung hinaus.

Diese offenbar ganz allgemeine Rebellion hat den Gauleiter Bürckel zu einem öffentlichen Aufruf veranlasst, der tief blicken lässt. Es heisst darin:

„Es scheint mir nun an der Zeit, mit euch allen ein offenes Wort zu reden . . .

Ihr habt das Recht zu beanspruchen, dass die alten Marschierer nicht von den gleichen Leuten bevormundet werden, die euch früher die unerhörtesten Opfer zumute-

ten . . . Das Ergebnis ist nun heute, dass alle alten Parteigenossen die Frage erheben: Welches sind nun diejenigen, die den Führungsanspruch in Österreich erheben können . . .

Wir können uns nicht den Luxus erlauben, jeden Tag neue Führer einzusetzen . . .

Zum Schluss werden einige unverbindliche Versprechungen gemacht. Das hat jedoch die österreichischen Nazis nicht befriedigt, und sie haben als Antwort ein illegales „Mittlungsblatt der Nationalsozialisten Österreichs Nr. 1“ herausgegeben, das mit den Worten beginnt: „Abtreten, Herr Reichskommissar! Es ist genug!“ In diesem Flugblatt werden bittere Klagen über den Bruch der Zusagen geführt, die wenige Tage vor der Annektion gegenüber Seyss-Inquart gemacht worden sind.

Man weiss, was im Dritten Reich mit rassistierenden alten Kämpfern geschieht, die glauben, auf Versprechungen pochen zu können. Es scheint uns, dass in Österreich ein 30. Juni sehr nahe ist.

### Das neue Arbeitsethos

Die revolutionäre, sozialistische Herkunft des ersten Mai macht den neudeutschen Blättern jedes Jahr von neuem zu schaffen und sie gehen in ihren Festartikeln um das traditionelle Gedankengut des Weltfeiertags herum, wie die Katze um den heißen Brei. Die Nazipresse hats gut, sie machts mit der Dummheit und Unwissenheit, die Gleichgeschalteten jedoch wissen von den marxistischen Wurzeln und der internationalen Bedeutung dieses gestohlenen Tages mehr. Im Schweisse ihres Angesichts mühen sich ihre Festbarden auch diesmal wieder, das Dritte Reich möglichst unauffällig an den alten Kampftag der internationalen Arbeiterschaft anzuschliessen. Das „Berliner Tageblatt“ philosophierte über den Auf- stieg der Arbeiter in einem langen gewundenen Artikel:

„Den Arbeiter hingegen hebt ein unendlich vielgliedriges Sozialwerk, wie es von der NSV. bis zu „Kraft durch Freude“ dargestellt wird, aus den menschlichen Benachteiligungen, die ihm bisher erwachsen sind . . . Diese fruchtbare Entwicklung ist so weit fortge-

schritten, dass sich heute am 1. Mai ein Volk präsentiert, das wirklich den Ertrag seiner in gemeinsamer Arbeit bewirkten Leistung feiert.“

Nun, was diese Leistung anbelangt, so darf wohl als Kronzeuge kein Geringerer zitiert werden, als Rudolf Hess, der Stellvertreter des Führers, der sozusagen zur Eröffnung des ersten Mai einige NS-Musterbetriebe prämierte und dabei sagte:

„Was die Produktionssteigerung auch für den einzelnen bedeutet, das würde er erst ganz ermessen, wenn das Hauptergebnis dieser Produktionssteigerung nicht vorhanden wäre, nämlich die Waffen unserer Wehrmacht, und ein Feind unseres Volkes widerstandslos in Deutschland einmarschierte! Das Wunder, des Werdens dieser neuen Wehrmacht aber war nur möglich dank der gewaltigen Arbeitsleistung, die das deutsche Volk in

wenigen Jahren vollbrachte, deren höchster Ausdruck unsere Armeen mit ihren Geschützen, Tanks, die Flaks und Flugzeuge, die Kampfschiffe unserer Marine sind.“

Schenken wir ihm den widerstandslosen Einmarsch, die eingestandene Leistung, jedoch, die am internationalen Freientage im Dritten Reich gefeiert wurde, ist die deutsche Mammutrüstung, die Bedrohung der Welt. Nicht leicht für gleichgeschaltete Festartikler! Die „DAZ“ rückt darum die Sozialpolitik ins Licht, weiss aber recht gut, dass die Sozialpolitik eine der grossen Errungenschaften der deutschen Sozialdemokratie ist und feiert schliesslich die „Rückführung des deutschen Arbeiters in die Volksgemeinschaft“ als Maigeschenk des Führers:

„Die beiden Pole des Nationalen und

Sozialen werden zu einer Aufgabe, einer Kraft, einer grossen gegenseitigen Befruchtung verbunden. Eine neue Lehre und Haltung der Wirtschaft entwickelt sich, die auf Arbeit aufgebaut ist. Ein gewaltiges Arbeitsethos steht auf, dem die Freude ebensowenig fremd ist wie Ehre und Pflicht.“

Und ebenso wenig fremd wie die Gestapo, die gelbe Werkspitzel-Schar und das Damoklesschwert des KZ. Nur Betriebswahlen sind diesem „neuen Arbeitsethos“ immer fremder geworden. Wieder einmal ist im Dritten Reich ein 1. Mai mit Festgedröhn verrauscht, aber von Betriebswahlen verlautele nichts. Es würde sich sonst zeigen, wie die Arbeiterschaft über die neue Volksgemeinschaft, über Butter und Kanonen denkt. Im Betrieb versagt der 99prozentige Jasage-Schwindel.

## Gescheiterter Faschistenputsch

### Niederlage Hitlers in Brasilien

Ein Versuch der brasilianischen faschistischen Partei, der sogenannten Integralisten oder Grünhemden, den Bundespräsidenten von Brasilien zu stürzen und zu ermorden, und ein Regime nach Nazimuster in Brasilien einzuführen, ist blutig verhindert worden. Seit Jahren hat unser brasilianischer Mitarbeiter auf die Zusammenarbeit der Naziorganisationen mit den Grünhemden hingewiesen. Seine Warnungen sind durch diesen Putschversuch bestätigt worden.

Dieser Putsch ist eine interessante Parallele zu dem Schlag gegen Oesterreich. Er ist die Antwort darauf, dass die brasilianische Regierung es abgelehnt hat, den von Berlin kommandierten offenen und geheimen Naziorganisationen Betätigungsfreiheit zu geben. Wenn das braune System nicht auf dem Wege der Zersetzung von innen heraus zum Ziele gelangt, greift es erst zum Mittel des Putsches und des Mordes, und endlich zum Mittel der offenen Gewalt. Nun ist Brasilien der deutschen militärischen Gewalt etwas weniger leicht erreichbar als Oesterreich — aber die deutschen Absichten auf Brasilien sind durch diesen misslungenen Putschversuch eindeutig offen gelegt.

Man ist sich in der ganzen Welt darüber im Klaren. Ein Bericht der „Times“ aus Brasilien mit der Überschrift „Im Schatten des Hakenkreuzes“ erhebt eine Reihe von schweren Anklagen gegen Deutschland. Es heisst darin:

„Am Morgen des Aschermittwoch waren die öffentlichen Gebäude in Rio de Janeiro von Truppen bewacht, und es wurde bekannt, dass die Integralisten einen Putsch geplant hatten, dessen Hauptziel die Ermordung des Präsidenten und der Minister sein sollte. Die Integralisten planten darauf eine neue Rebellion für den 10. März. Die Bundesbehörden verdoppelten ihre Nachforschungen und entdeckten Pläne, ein kleines Waffenlager und eine Liste von zu Ermordenden in einem Hause, das Belmito Valverde gehörte. Der Kriegsminister wurde unverzüglich benachrichtigt, und Truppen standen bereit, als die bestimmte Stunde herannahte. Es wurde bald klar, dass die Anhänger von Plinio Salgado, dem Führer der Integralisten, nicht genug Mut aufgebracht hatten, um die Bewegung zu beginnen, die angeblich Brasilien erneuern sollte.

Salgado und drei andere Führer flohen, und in der Presse von Rio wurde behauptet, dass sie in der japanischen Gesandtschaft Zuflucht gefunden haben. Das Haus Salgados wurde durchsucht, und alle Arten von Waffen wurden darin gefunden, darunter 3000 Dolche, auf denen das Hakenkreuz eingraviert war.

Es stellte sich heraus, dass die Verschwörung Cadres in allen Bundesstaaten hatte, und dass für Rio Grande do Sul bereits eine faschistische Regierung geplant war.

Was die genauen Ziele der Integralisten sind, ist mit Gewissheit schwer zu sagen. Im Besitz von Salgado wurden grosse Geldsummen vorgefunden, die wie es heisst, aus Berlin stammten.

Das Naziglaubensbekenntnis ist in den letzten Monaten ausgiebig gepredigt worden, und Nazigeld ist reichlich gegeben worden.

Diese deutsche Aktivität hat ein Regierungsdekret hervorgerufen, das allen Fremden verbietet, an der brasilianischen Politik teilzunehmen. Es ist ihnen unter anderem verboten, Gesellschaften, Gemeinschaften, Klubs oder Einrichtungen politischer Art zu unterhalten; individuelle politische Werbung unter ihren Landsleuten zu führen; Flaggen, Uniformen, Abzeichen oder irgend eine Art von Symbol fremder politischer Parteien zu zeigen; Prozessionen, Ausmärsche oder Zusammenkünfte irgend welcher Art für politische Zwecke zu veranstalten; politische Zeitungen oder Zeitschriften herauszugeben.

Diese Verbote werden angewandt auf Schulen und andere Erziehungseinrichtungen, die von Fremden in Brasilien unterhalten werden, oder von Brasilianern oder von Gesellschaften irgend welcher Art, mit irgendwelchem Zweck, Sitz oder Nationalität.

Obwohl man der brasilianischen Regierung keinen Vorwurf machen kann, dass sie Vorsichtsmassnahmen gegen die Ausbreitung der Nazipropaganda ergriffen hat, ist dies Dekret etwas hart für die übrigen in Brasilien lebenden Fremden.

Nach Presseberichten ist der Naziführer von Rio Grande do Sul aufgefördert worden, unverzüglich das Land zu verlassen. In diesem Staate gibt es 1117 deutsche Schulen mit 2845 deutschen Lehrern. Es ist nicht sehr schwer, sich vorzustellen, auf wen die neuen Verbote abzielen. Die Schulen haben sich sicherlich nicht damit begnügt, die deutsche Sprache zu lehren.

Der deutsche Gesandte hat kürzlich

die Forderung erhoben, dass die Fortsetzung der kulturellen Aktivität der Naziartei unter den deutschen Einwohnern Brasiliens wieder gestattet werden sollte. Der neue Aussenminister Oswaldo Aranha hat diese Forderung abgelehnt, und seine Entscheidung hat tiefe Genugtuung nicht nur in Brasilien, sondern in ganz Südamerika hervorgeufen.

Man erkennt, dass Deutschlands Absichten viel weiter gehen, als die einfache Forderung erkennen lässt, dass die Propaganda der Nazilehre zugelassen werden solle. Wäre diese Forderung zugestanden worden, und hätten die Sendboten des Führers ihre Vorteile aus dieser Toleranz wahrgenommen, so wäre daraus leicht eine ernste Drohung gegen die Existenz Brasiliens als eines unabhängigen Staates geworden.

Die Unterdrückung der Naziorganisationen, Zeitungen und Propaganda in den mehr südlich gelegenen Staaten — Rio Grande do Sul, Santa Catherina und Parana — ist keineswegs zu frühzeitig erfolgt; denn das Eindringen der Agenten von Berlin ist immer stärker geworden, und es ist in gewissen teutonischen Kreisen mit Enthusiasmus begrüsst worden. Indessen gibt es viele Deutsche, die entweder in Brasilien geboren sind oder aus Deutschland geflüchtet sind, die aufs stärkste die direkte oder indirekte Einwirkung des Führers gegen ihre Freiheit ablehnen. Ein regelrechtes Terrorregiment ist gegen die widerspenstigen Söhne des Vaterlandes eingerichtet worden, ihre Väter und Mütter in Deutschland werden als Geiseln festgesetzt, bis die gewünschte Unterwerfung erreicht ist.“

## Osterreich vor dem 30. Juni



Ein halbes Jahr ist zuviel, lieber Bürckel, lassen Sie ihnen nur noch 40 Tage!



# Berichte aus Deutschland

## Fieberhafter Flottenbau

Aber das Material taugt nichts!

Einem Kenner der deutschen Marine verdanken die „Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ folgende Einzelheiten über die verschiedenen Einheiten der deutschen Marine:

**Unterseeboote:** Deutschland baut in ungefähr gleichmäßigem Tempo in den drei Klassen zu 250, 500 und 750 Tonnen. Mit den Leistungsprüfungen ist man recht zufrieden. Von den Booten haben sich eine Anzahl während der letzten Monate in den spanischen Mittelmeergewässern befunden. Die Mannschaftsauswahl erfolgt besonders sorgfältig. Die Behandlung und Versorgung der Besatzung ist nicht mit dem üblichen Kommiss zu vergleichen. Es wird auch mit Erfolg Wert darauf gelegt, anständiges Führungspersonal auf die Boote zu bekommen, sodass fast durchweg ein guter kameradschaftlicher Geist herrscht.

**Zerstörer:** Diese Flotteneinheiten sind eine Enttäuschung, obwohl man auf sie besonderes Gewicht legt. Sie haben bei der Besatzung den Spottnamen „Fünf-Minuten-Brenner“ oder „Hindenburg-Licht“ erhalten. Es ist keine Seltenheit, dass so ein Zerstörer seinen Standplatz Kiel oder Wilhelmshafen verlässt und nur bis zur Schleuse kommt; dann muss er wegen Maschinendefekt zurückgeschleppt werden. Es scheint sich hier um einen Konstruktionsfehler zu handeln. Die Maschinenanlage ist nicht einwandfrei. Doch das ist nicht das schlimmste. Vielmehr entbehrt der Zerstörer des gesunden Verhältnisses zwischen Leistungsfähigkeit des Schiffsrumpfes und der Maschinenkraft. Entweder muss man die Maschinenanlage wesentlich schwächen, oder das Schiff stärker bauen. Man scheint sich entschlossen zu haben, das Schiff künftig stärker zu bauen. Bisher hat man eine Serie der Zerstörer im Mittelschiff stark versteift, nachdem die Mitte des Oberbaues um einige Zentimeter durchgesackt war!

**Kreuzer und Schlachtschiffe:** Die „Scharnhorst“ und „Gneisenau“, beide aus der 26.000-Tonnen-Klasse, gehen mit Hochdruck der Fertigstellung entgegen. Ursprünglich war ihre Indienststellung für Ende 1939 — Anfang 1940 vorgesehen. Wahrscheinlich gelingt es, die Bauten um fast ein Jahr früher fertigzustellen. Dabei soll es nicht auf Kosten der beiden auf Kiel liegenden 35.000-Tonnen-Schlachtschiffe geschehen, deren Indienststellung ist offiziell für die Jahre 1941—1942 vorgesehen! Doch sollen auch diese beiden Bauten noch 1940 fertig werden. Mit besonderem Nachdruck arbeitet man an einem der beiden Schiffe, das bei der Marinewerft in Wilhelmshafen fertiggestellt werden soll. Die besondere Schwierigkeit hierbei ist, dass die vorhandenen drei Hafeneinfahrten nicht ausreichen, also eine vierte Hafeneinfahrt mit Schleuse in drei Schichten-Arbeit in Angriff genommen und ebenfalls bis 1940 fertig sein muss. Entsprechend den internationalen Abkommen werden die Schiffe mit einem Höchstkaliber von 28 cm bestückt. Dabei ist jedoch interessant, dass die Konstruktion gestattet, die 28 cm-Geschütze gegen schwereres Kaliber auszuwechseln. Es versteht sich von selbst, dass für diese Bauten das beste Material, das im Lande ist, zur Verwendung kommt. Umso grösseres Gewicht bekommt das Urteil von Fachleuten, die versichern, dass dieses Material nicht nur zu knapp, sondern ausserdem schlecht ist. Um ein Beispiel zu nennen: mit unbedeutenden Ausnahmen ist der ganze Rotguss ersetzt durch Aluminium. Der Vorteil im Gewicht springt ins Auge. Darüber ist man bereit, den Nachteil zu vergessen. Die Dauerhaftigkeit von Aluminium ist weit geringer als Rotguss. Umso grössere Bedeutung bekommt der Unterschied in der Dauerhaftigkeit, als Aluminium hier einer besonderen Inanspruchnahme — Seewasser! — ausgesetzt ist. In Fachkreisen wird versichert, dass die Gefahr der Zersetzung ausgeglichen sei durch das künstliche Voroxydieren des Materials. Dabei vergisst man jedoch, dass mit und an dem voroxydierten Material gearbeitet werden muss. Diese frisch bearbeiteten Stellen sind also durch keine künstliche Oxydierung gegen die natürliche Zersetzung geschützt. Es kommt nicht selten vor, dass bei Ueberprüfungen Schrauben und Schraubengewinde unter dem Einfluss des Seewassers einfach in die ursprünglichen Tonerde-Bestandteile zerfallen sind.

Folgen der schlechten Qualitäten beim Material — teilweise auch zu schwach konstruierter Bau — zeigen sich manchmal

beim Schiessen. Bei vier Kreuzern sind bisher nach einer Anzahl Salven Risse in den Fundamenten der Geschütztürme festgestellt worden.

Diesen Materialmangel beklagt man umsomehr, als man mit den Schussleistungen dank der elektrischen Steuerung der Geschütz- und Torpedeanlagen besonders zufrieden ist. Diese Anlagen sind ein Meisterwerk der Technik. Sie werden von der Firma Siemens gebaut. Der Beobachter richtet sein Fernrohr auf das gesuchte Ob-

jekt. Hat er es im Fadenkreuz, so genügt ein Handgriff, um diese optische Aufnahme auf dem Wege über eine komplizierte Apparatur, die in einem Kasten von 2 cm Umfang sitzt, mittels elektrischer Kraft auf die Steuerung der Geschütz- oder Torpedeanlage umzuleiten. Jede Bewegung des Schiffes, die Bewegung des Objektes, Wind- und Wasserwiderstände werden berücksichtigt. Abgesehen vom Beobachter ist also — da das Laden automatisch erfolgt — für das Feuern Menschenkraft nicht mehr

nötig. Tatsächlich befinden sich jedoch beim Geschütz Mannschaften für den Fall einer Störung bei der automatischen Ladung und ausserdem verfolgt ein Feuerbeobachter die Schiessleistung und hat die Möglichkeit, eventuelle Störungen der elektrischen Steuerung zu korrigieren. Die Scharnhorst bekommt acht dieser Anlagen, die Millionen kosten. Siemens kann auf diesem Gebiet Versuche mit unbegrenzten Mitteln unternehmen. Die Erfolge sind sehr zufriedenstellend, wie Schiessen auf die ferngesteuerten Zielschiffe Zehringen und Hessen ergaben. Das Urteil wird auch gerechtfertigt durch die Beschiessung Almerias, bei der die elektrisch gesteuerten Geschützanlagen geprüft wurden. Die gewählten Objekte wurden restlos getroffen

## Massenverhaftungen in Oberschlesien

Der Widerstand der Arbeiter soll gebrochen werden — Auf der Suche nach dem illegalen Zentrum

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben:

Die Veröffentlichungen über die Widerstandsregungen der oberschlesischen Arbeiterschaft gegen den Nazismus in der Auslandspresse sind der Gestapo schwer auf die Nerven gefallen. Dass die Arbeiterschaft, besonders auf den Gruben, einen hohen Einsatz wagt, um ihre Ablehnung des Nazistystems unter Beweis zu stellen, ist ja sowohl den Werksverwaltungen, als auch den Kreisleitungen der Arbeitsfront und den Trägern des Nazismus bekannt. Dass Berichte über diese Widerstandsregungen aber auch ins Ausland gelangen, das ist für die Machthaber unerträglich. Es ist kein Geheimnis, dass die Gestapo Oberschlesiens wiederholt ausgetauscht wurde und dass nach den Vorfällen in der Hindenburg-Grube, wo sich die Werkscharen weigerten, gegen ihre Arbeitskollegen vorzugehen, der ganze Gestapoapparat gewechselt wurde, dass man aber gegen die Wortführer der Opposition nicht so vorzugehen wagte, wie dies sonst üblich ist, weil es zum Teil Nazis waren.

Nun sind bei der Volksabstimmung so viele Neinstimmen abgegeben worden, dass man sich zu einer „Generalbereinigung“ entschlossen hat. Verschiedene Vorfälle auf der Gleiwitzer Grube, auf der Hohenzollerngrube bei Beuthen und der Hedwigswunschgrube bei Hindenburg boten den Anlass dazu. Auf Hedwigswunschgrube wurden anlässlich der Volksabstimmung alle Wahlplakate abgerissen und auf das Ja für den Führer ein hektographiertes Nein überklebt. Untertage wurden Zettel geklebt, die klar die Ablehnung zum Ausdruck brachten. „Bist Du Deiner Ueberzeugung treu, so stimme mit Nein!“ Kurz vor der Volksabstimmung weigerte sich die Belegschaft der Gleiwitzer Grube, an einer Nachmittagssschicht einzufahren, weil in der Stadt und Umgebung kein Fett, Speck und verbilligte Margarine zu haben war. Man drohte mit Polizei und der Gestapo, aber das machte auf die Bergarbeiter keinen Eindruck, im Gegenteil, es wurden Rufe laut: „Führt uns nur alle ab!“ Die Folge war das Versprechen der Verwaltung, dass sie für genügend Fett und Speck bei den Behörden sorgen werde und es ist kein Geheimnis, dass der Werksverwaltung dieser Vorfälle sogar willkommen war, denn der Arbeitgeberverband war wiederholt bei den Berliner Stellen vorstellig, dass die Fleisch- und Fettversorgung für die Arbeiterschaft im Industriebezirk ungenügend sei. Nun kann nach dem Gleiwitzer Vorfall festgestellt werden, dass sich tatsächlich eine Verbesserung in der Fleisch- und Fettversorgung bemerkbar macht, auch verbilligte Margarine ist überall zu haben.

Auf der Hohenzollerngrube bei Beuthen wurden die Wahlplakate der NSDAP abgerissen, man verbreitete Handzettel untertage, dass sich die Arbeiterschaft durch den Terror nicht einschüchtern lassen sollte. Man müsse seine Rechte fordern, die Vertrauensräte mit Beschwerden überschütten. Die Belegschaftsversammlungen zur Wahl wurden sabotiert, nur die Amtsleiter und der Grenzschutz in Uniform blieben auf dem Arbeitsplatz. Als die Verteilung der Handzettel untertage bekannt wurde, erschienen SS-Leute, um die „Täter“ ausfindig zu machen, aber die Belegschaft wurde sofort alarmiert, man legte die Arbeit nieder, erschien mit Handwerkzeugen vor dem Förderseil und gab der SS zu verstehen, dass, wenn sie nur eine einzige Verhaftung vornehme, es dann aber

losgehe. Die SS wurde umstellt, dass sie nicht einmal an die Förderkörbe konnte und ihr Führer entschloss sich schliesslich, zu sagen, dass es doch nicht so gemeint sei, aber wenn schon Flugzettel verteilt werden, dann müsse man Ordnung schaffen, wobei im Chor gerufen wurde, ja, bei der Unterschlagung des Stadtrats Paluschinski mit den 85.000 Mark. Die SS zog es vor, ohne irgend eine Verhaftung wieder auszufahren. Als man dann in den nächsten Tagen den einzelnen Kameradschaften neue Arbeitskräfte zuteilen wollte, verweigerten die Kameradschaften die Arbeit, weil sie nicht mit Gestapospitzeln zusammenarbeiten wollten. Auch hier gaben die Betriebsleiter nach, weil sie ja ihre Produktionsleistung nicht durch neue Kräfte noch weiter herabsetzen wollen.

Diese Tatsachen führten nun zu einer Reihe von Verhaftungen in Biskupitz, Borsigwerk, Beuthen, Klausberg, Hindenburg und Gleiwitz. Es wurden insgesamt gegen 50 Verhaftungen, ausschliesslich von Bergarbeitern, vorgenommen. Es handelt sich um frühere Gewerkschaftsfunktionäre und frühere Betriebsräte, die sich bei der Belegschaft auch heute noch grossen Vertrauens erfreuen. Ein Teil von ihnen ist wieder entlassen worden, einige hat man nach Breslau und Oppeln abtransportiert. Bei den vorgenommenen Haussuchungen, die des Nachts erfolgten, ist zwar kein Material vorgefunden worden, mit Ausnahme einiger älterer Gewerkschaftsliteratur. Die Verhaftungen sind einfach wahllos vorgenommen worden, um in der Arbeiterschaft eine Panikstimmung zu erzeugen. Für den

früheren Betriebsrat auf der Hedwigswunschgrube versuchte der Vertrauensrat bei der Gestapo zu intervenieren, erhielt aber den Bescheid, dass man erst die Untersuchung abwarten müsse. Von den Verhafteten wollte man wissen, wer die illegale Arbeit leistet, die Flugzettel herstellt und vor allem, wer die Auslandspresse untrrichtet. Man legte ihnen den „Neuen Vorwärts“ vor und verwies auf frühere Berichte. Als die Befragten jede Auskunft verweigerten, da sie ja nichts davon wissen, wurde ihnen gesagt, dass man sie solange in Haft behalten werde, bis sie sich erinnern, wer diese Nachrichten ins Ausland gebracht hat. Bei den Frauen der Verhafteten sprechen sogenannte Kriminalbeamte vor und versuchen sie zu bewegen, anzugeben, wer mit dem Mann verkehrt hat und ob man nicht weiss, wer Zeitungen bringt und über was man sich unterhalten hat. Wenn die Frau die Wahrheit sage, so redet man ihr ein, dann werde dem Mann nichts geschehen, er komme frei. Wenn die Frau nichts auszusagen weiss, wird ihr gedroht, dass der Mann ins Konzentrationslager komme. Aber auch diese Versuche, die Frauen zur Denunziation zu bewegen, sind gescheitert. Jetzt werden die Kollegen aus der Kameradschaft untertage vernommen, was sie von den Verhafteten wissen und ob sie nicht irgend ein Flugblatt erhielten und wer sie hergestellt hat und verteilt. Aber auch hier ist der Erfolg negativ. Die Arbeiterschaft aber nimmt die Verhaftungen mit der Begründung zur Kenntnis „und sie fürchten uns doch“!

### Arbeiterleben für Materialknappheit

Auf einer Grube in Sachsen ereignete sich in der ersten Woche des Monats März ein tödlicher Unfall. Einem Schlepper wurde der Kopf abgequetscht. Der Unfall ereignete sich durch den Bruch des Förderseiles in einem Bremsberg. Nach dem Seilriss konnte sich der Kamerad vor dem abgehenden Hanten nicht mehr retten. Der Kumpel wurde an einen Stempel gedrückt, wodurch ihm der Kopf vom Leibe abgequetscht wurde. Einige Tage vor dem Unfall wurde der Obersteiger bereits auf das schadhafte Seil hingewiesen, er versprach auch, dass der Schaden schnell behoben würde. Der Schlosser, der das Seil reparieren sollte, konnte es aber nicht mehr flicken, weil es schon viel zu schlecht und zu morsch war. Da aber wegen des herrschenden Materialmangels auch kein neues Seil angebracht werden konnte, musste dafür ein Arbeiter sein Leben einbüßen. Die Kameraden waren so empört über diesen Vorfall und sagten sich: Was heute dem einen passiert, das passiert morgen vielleicht wieder einem anderen Kumpel. Sie machten beim Reviersteiger Krach. Der Reviersteiger konnte den Kameraden, die ihm Vorwürfe machten, weshalb nicht früh genug ein neues Seil angebracht worden wäre, nur antworten: „Das sind eben die Lücken des Vierjahresplanes.“ Die Kumpel verlangten vom Vertrauensrat, dass die Sache sofort der DAF, und der Direktion der Bergbehörde gemeldet werden sollte. Er versprach das auch, aber meinte, dass es wohl sicher wenig Zweck habe und ausserdem sei der Kamerad ja schon tot.

Einer der Arbeiter sagte darauf: Das gehört sicher auch zur „Arbeitsbeschaffung“, denn jetzt könne man ja einen anderen Arbeiter neu einstellen.

### Der gefährliche Gruss

Ein Händler aus dem Allgäu verkaufte in einer mitteldeutschen Provinz Käse an Milchgeschäfte. Er machte gute Abschlüsse und weckte daher den Neid seiner Konkurrenten. Sie beseitigten ihn auf die in Deutschland übliche Weise. Sie stellten fest, dass er ein Jude ist, dass er „Heil Hitler“ gegrüsst hat und fanden 38 Geschäfte, die ihnen bestätigten, dass sie den Händler für einen Arier gehalten hätten. Natürlich fanden sie auch einen willfährigen Richter, der den Händler zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte, weil sein „Heil Hitler“-Gruss unlauterer Wettbewerb sei.

**Streicher droht der Tschechoslowakei.** Der „Stürmer“, das Blatt Julius Streichers, stimmt auf seine Art in den von Goebbels befohlenen Pressesturm gegen die Tschechoslowakei ein. Unter der Ueberschrift „Das Judenparadies“ schreibt das Blatt des besten Freundes Adolf Hitlers: „Wenn die Tschechei nicht erwacht, wenn sie nicht dem paradiesischen Leben der Juden ein Ende macht, dann wird auch über diesen Staat das Verhängnis hereinbrechen. Dann wird die Tschechei ebenso wie ihre Vorgänger (Aegypten, Babylon und Persien) an der jüdischen Freiheit und Gleichberechtigung sterben.“ (Nr. 14/1938).



# Zusammenbruch der politischen Moral

## Die Widersprüche der Nichtintervention

Am 13. Mai führte der spanische Außenminister Del Vayo vor dem Völkerbundsrat aus:

„Im Verlauf der Sitzung ist zur Charakterisierung der Ereignisse in Spanien abermals der Ausdruck „Bürgerkrieg“ gebraucht worden. Erlauben Sie mir, abermals zu wiederholen, dass dieser Ausdruck völlig unexakt ist und dass wir ihn unmöglich hinnehmen können, weil er den Eindruck erwecken muss, dass der Konflikt in Spanien sich auf zwei Gruppen von Spaniern beschränkt, und so die Tatsache der fremden Intervention vollständig verschweigt. Unter innerem Gesichtspunkt ist das, was in Spanien vorgeht, von Anfang an bis auf den heutigen Tag ein und dasselbe: eine militärische Rebellion, die nicht vor den Völkerbund gebracht worden ist und nicht vor ihm gebracht werden konnte. Und wenn diese militärische Rebellion sich entwickelt hat bis sie den Schein eines Bürgerkrieges hervorrufen konnte, so nicht in der Folge eines natürlichen Prozesses — wie es der ehrenwerte Vertreter Grossbritanniens zu glauben schien — sondern ganz einfach, weil Deutschland und Italien das Gewicht ihrer militärischen Macht zu Gunsten der Rebellen in die Wagschale geworfen haben.

Diese Unterstützung stellte einen wirklichen Angriff dar von dem Augenblicke ab, an dem sie die Form der Entsendung militärischer Kräfte, die den regulären Armeen der beiden Länder angehören, angenommen hat; diese Tatsache ist ausdrücklich in mehreren amtlichen italienischen Kundgebungen anerkannt worden, und ebenso durch den britischen Premierminister, als er in einem kürzlich in der Presse veröffentlichten Brief erklärt hat, dass es öffentlich notorisch sei, dass eine beträchtliche Anzahl regulärer italienischer Truppen seit den ersten Tagen des Bürgerkrieges in Spanien sei. Und dies bedeutet den Angriff, das heisst eine charakterisierte Verletzung des internationalen Rechtes, die ausdrücklich in Ihrem Pakte vorgesehen ist, und diese Rechtsverletzung hat die spanische Regierung der Prüfung durch den Völkerbund unterworfen.

Wenn wir diese Fragen vor den Rat getragen haben, so nicht allein deshalb, weil Spanien das Opfer dieses Angriffes ist, sondern weil dieser Angriff zugleich eine Gefahr für den allgemeinen Frieden darstellt. Das Ziel dieses Angriffes ist es, in Spanien ein totalitäres Regime zu errichten, das die Ausnutzung Spaniens als vielleicht entscheidenden Faktor in der Herrschaftspolitik der beiden Staaten gestatten würde. Dies wird nicht allein durch die Erklärungen der Rebellenführer zu Gunsten der Diktatoren und gegen die westeuropäischen Demokratien bewiesen, sondern viel direkter noch durch die deutschen und italienischen Flugplätze auf spanischem Boden, durch die weitreichenden Geschütze, die von der deutschen und italienischen Artillerie in der Nähe der französischen Grenze und in der Nähe von Gibraltar aufgestellt worden sind, durch die fremde Besetzung der Balearischen und der Canarischen Inseln wie der spanischen Zone von Marokko, und durch eine Reihe weiterer Tatsachen, die zweckmässigerweise den Gegenstand der Untersuchungen bilden könnten, die wir angeregt haben.

Ich wünsche jetzt jenen Ratsmitgliedern meinen Dank auszusprechen, die vorgestern ihre Sympathie mit dem spanischen Volke in seinen gegenwärtigen Prüfungen ausgesprochen haben. Ich bin sicher, dass ihre Worte unserem Volke eine moralische Stärkung bedeuten, für die es immer eine tiefe Dankbarkeit beweisen wird. Dabei will ich im gegenwärtigen Interesse Spaniens und im zukünftigen Interesse anderer Völker einen Satz, den der Vertreter Grossbritanniens ausgesprochen hat,

nicht ohne spezielle Erwähnung lassen. Nach diesem Satz wäre der tragische Untergang von Städten, wie wir ihn in Spanien beklagen, untrennbar mit dem modernen Krieg verbunden. Muss man nicht befürchten, dass diese Worte mit einer gewissen Berechtigung als ein Versuch interpretiert werden, die Verantwortlichkeit für Akte wie das Bombardement von Guernica, Almeria und Barcelona und vieler anderer, gegen deren Barbarei sich das Gewissen der Welt erhoben hat, abzuschwächen? Und wenn dem so ist, muss man dann nicht mit Recht fürchten, dass diese Worte die Wirkung haben werden, die Wirksamkeit der Aktion der gleichen Britischen Regierung zu beeinträchtigen, die sie gegen die Wiederholung solcher durch das Weltgewissen verurteilten Akte unternommen hat? Ich habe geglaubt, meine Besorgnisse über diesen Gegenstand aussprechen zu müssen, umso mehr, als das Leben von Hunderttausenden von spanischen Frauen, Greisen und Kindern davon betroffen werden kann; und ich glaube die Hoffnung aussprechen zu können, dass diese Worte des Vertreters Grossbritanniens in nichts die Zustimmung der britischen Regierung zu der Resolution des Rates vom 29. Mai 1937 abschwächen werden, in der das Entsetzen „über die furchtbaren Resultate der Anwendung gewisser Kriegsmethoden“ ausgesprochen, und „die Zuzufucht zu Methoden, die den Menschenrechten widersprechen, und das Bombardement offener Städte“ verdammt wurden.

Ich hätte geglaubt, dass die Frage, die wir dem Rat unterbreitet haben, zusammen mit den Beobachtungen und Argumenten, die in meiner Rede enthalten waren, den Gegenstand einer eingehenden Beratung hätte bilden können, so wie es in analogen Fällen die ständige Praxis des Rates ist. Ich weiss nicht, ob der Rat der gleichen Ansicht ist, aber auf jeden Fall halte ich daran fest, die wesentlichen Elemente meines Exposés zu unterstreichen, über die der Rat mit Nutzen diskutieren könnte.

Zunächst unsere kritische Analyse der Nichtintervention. Warum tritt der Rat nicht in eine eingehende Prüfung der Argumente pro und contra ein, die

ihm vorgelegt worden sind, um zu einer praktischen Schlussfolgerung zu gelangen? Entspricht es der Würde des Rates, eine derartige Prüfung zurückzuweisen?

Andererseits habe ich dem Rate mitgeteilt, dass die spanische Regierung bereit ist, jede Untersuchung anzunehmen, die er zur Feststellung der Richtigkeit der ihm mitgeteilten konkreten Informationen über die fremde Intervention in Spanien nützlich halten könnte. Gibt es hier nicht die Möglichkeit, dass der Rat schnelle und konkrete Massnahmen anwenden könnte? Wir haben sogar angegeben, was den Gegenstand einer ersten Enquete bilden könnte: zu entscheiden, ob, wie wir es behaupten, die italienische Regierung materiell die Situation in Spanien durch die Entsendung neuer Verstärkungen während der englisch-italienischen Verhandlungen verändert hat.

Aber verstehen wir uns wohl. Die spanische Regierung kommt nicht vor den Rat mit einer konkreten Forderung für ihre eigene Sache. Wir sind hier nicht als Fordernde. Wir sind hier in der Erfüllung unserer Pflicht als loyale Mitglieder des Völkerbundes, um die Aufmerksamkeit des Rates auf eine Situation zu lenken, deren Opfer heute das spanische Volk ist, die aber zugleich eine schwere Bedrohung anderer Völker und des Friedens darstellt. In der allerdings vielleicht zu optimistischen Hoffnung, dass der Rat sich heute schliesslich hätte entscheiden können, dieser Situation ins Gesicht zu blicken, haben wir dazu die Mitarbeit unserer schrecklichen und schmerzlichen Erfahrung beitragen wollen. Es steht dem Rate zu, sich über seine eigene Linie zu entscheiden. Und wenn er sich entscheiden sollte, seine Augen vor der spanischen Frage zu verschliessen, so wie sie sich heute mit allen ihren drohenden internationalen Rückwirkungen stellt, so würde der spanischen Regierung nichts anderes übrig bleiben, als ruhig und mit reinem Gewissen — vielleicht mit ein wenig mehr Bitterkeit — die schwierige Aufgabe fortzuführen, auf die sie stolz ist: das heldenmütige spanische Volk zum endlichen Siege zu führen.

Dies würde eine schwere Verantwort-

lichkeit für den Rat konstituieren, aber diese Verantwortlichkeit würde mit besonderer Schwere auf die beiden Länder zurückfallen, die vor zwei Jahren die Initiative zur Nichtinterventionspolitik ergriffen haben, und die heute noch ihre feurigsten Verteidiger sind.

Deshalb erlaube ich mir, an die ehrenwerten Vertreter Englands und Frankreichs die folgende Frage zu stellen: da Deutschland und Italien, mit oder ohne englisch-italienischen Akkord, ihren Angriff gegen die spanische Republik fortsetzen und da weder England noch Frankreich in der Lage gewesen sind, sie aufzuhalten: auf welche Prinzipien der Moral und der Gerechtigkeit können sich diese beiden Regierungen stützen, wenn sie gegenüber der spanischen Republik ein Verbot aufrechterhalten, dass eindeutig dem internationalen Recht widerspricht?

Da eine zufriedenstellende Antwort auf diese Frage ausbleibt, so wird niemand sich wundern können, wenn das spanische Volk in der Haltung dieser beiden Mächte eine Ungeheuerlichkeit erblickt, für die es keine andere Erklärung wird finden können als einen offenkundigen Willen, es in seinem Kampfe um seine Unabhängigkeit zu unterwerfen und es gefesselt in die Hände der Eindringlinge zu stossen.

Auf diese Feststellungen könnte sich die Stellungnahme der spanischen Regierung vor dem Rate beschränken. Damit indessen auch nicht der Schatten eines Verdachtes auf ihren Wunsch fällt, durch alle ihr gegebenen Mittel die normale Funktion des Rates zu erleichtern, damit er zu praktischen Ergebnissen kommen könne, hat sich die spanische Regierung entschieden, dem Rat den folgenden Resolutionsvorschlag zu unterbreiten:

„Der Rat, nachdem er die ihm vorgebrachten Beobachtungen angehört hat, und indem er an seine Resolution vom 29. Mai 1937 erinnert, ladet die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, die dem Resolutionsvorschlag vom 2. Oktober 1937 über die Lage in Spanien zugestimmt haben, ein, von nun an das Ende der Nichtinterventionspolitik ins Auge zu fassen.“

# Spanien - Englands Probebühne

## Vom Prinzip der Nichtintervention

In den nächsten Tagen erscheint in den Editions Nouvelles Internationales (END), Paris XVI, B. P. 30, Klaus Böhler: „Englands Schatten über Europa. 300 Jahre britischer Aussenpolitik.“ 256 Seiten. Wir veröffentlichen daraus den folgenden Vorabdruck:

„Nicht-Intervention — das ist ein metaphysisches und politisches Wort, das ungefähr dasselbe bedeutet, wie Intervention.“  
Talleyrand.

„Nicht-Intervention? Unter uns gesagt, das ist dasselbe wie Intervention, allerdings zugunsten der Gegenpartei.“  
Derselbe.

„Die Wahl eines Gemahls für die Königin eines unabhängigen Landes ist offenbar eine Angelegenheit, in welche die Regierungen anderer Länder nicht berechtigt sind, sich einzumischen; es müsste denn die Wahrscheinlichkeit vorhanden sein, dass die Wahl auf einen Prinzen fiele, der so unmittelbar zur Familie irgend eines mächtigen Staates gehörte, dass er voraussichtlich die Politik seines Adoptivlandes mit der seines Geburtslandes in einer dem europäischen Gleichgewicht nachteiligen und den Interessen anderer Staaten gefährlichen Weise verknüpfen würde...“  
Depesche Palmerstons am 19. Juli 1846 an Lord Bulwer.

„Der Grundsatz, für den ich eintrete, ist der Grundsatz, für den in den letzten fünf

zig Jahren jeder hervorragende Staatsmann unseres Landes eingetreten ist, nämlich der Nichteinmischung, es sei denn, es liege, weil infolge äusserer Umstände unsere eigenen Interessen berührt werden, eine klare und unbestreitbare Notwendigkeit für das Gegenteil vor.“  
Sir Robert Peel, 1856. (Italien betreffend.)

„Kein Volk ist williger, die Hilfe fremder Waffen oder fremder Diplomatie anzunehmen, um seine Schlachten zu schlagen. Aber sie verachten oder beargwöhnen die Motive aller, die ihnen zu helfen kommen und wenden sich gegen sie, sobald sie ihren augenblicklichen Zweck erreicht haben.“  
Cobden, 1847, über die Spanier.

„Ein Ministerium von Verstand wird Gibraltar immer gebrauchen, um Frankreich von Frankreich zu sondern, Spanien von Spanien, und die andern Nationen voneinander. Die Festung Gibraltar hier, und Staaten Europas, die am Mittelmeer liegen, Gibraltar gab uns Ansehen in den Augen der Nationen; Gibraltar manifestiert unsere Ueberlegenheit und ermöglichte, andere zu verpflichten, indem wir sie beschützen. Gebt Gibraltar an Spanien — und das Mittelmeer wird ein Teich, in dem sie nach Belieben Handel und Schifffahrt treiben können... Gebt Gibraltar her, und Staaten Europas, die am Mittelmeer liegen, werden von euch nicht länger die freie Schifffahrt in diesem Meer erwarten. Und indem ihr nicht mehr in eurer Macht habt,

nutzen zu können, könnt ihr keine Bündnisse erwarten!“

Charles James Fox, 1782 (als Antwort auf den Antrag, Gibraltar an Spanien zurückzugeben).

„Die Erfahrung, die sie gemacht haben, hat die Diktatoren zu dem Glauben gebracht, dass die Britische Regierung mit ihrer üblichen Lauheit zweifellos im Grossen und Ganzen auf Francos Seite steht, und dass die französische, dank der Beteiligung der Radikalen an der Koalition, in der Tasche des Foreign Office ist.“  
„New Statesman and Nation“, 3. VII. 37.

Nach einem bekannten Wort von Karl Marx pflegen geschichtliche Ereignisse sich zu wiederholen, mit dem Unterschied allerdings, dass das, was zum ersten Mal als Tragödie sich abspielte, als Farce wieder aufgenommen wird. Es kann aber auch umgekehrt sein. Der spanischen Tragödie von heute ging vor hundert Jahren die Farce voraus. Damals wie heute hielt man es mit dem Grundsatz der „Nichtintervention“, der sich kurz vorher in der belgischen Frage (um 1830) schon ausgezeichnet in dem Sinne bewährt hatte, wie Talleyrand ihn definiert hat.

Die Farce.  
War der Grundsatz schon heilig, sich nicht in die Angelegenheit eines fremden Staates einzumischen, wieviel heiliger musste er dann erst sein, wenn es sich um die Heirat der Königstochter eines fremden



Landes handelte! Eben werden doch im Himmel geschlossen, da hat der Mensch nicht hineinzufuschen. War Frankreich auch katholisch und England protestantisch, so waren beide doch christliche Staaten. Aber beide waren auch aufrichtig am Wohlergehen Spaniens interessiert (jeder auf seine Weise natürlich), und so waren sie aufrichtig darum besorgt, dass die spanische Königstochter *Isabella* auch die richtige Gattenwahl treffe. Nicht einig waren beide Staaten unglücklicherweise, wer der richtige sei. Die Franzosen mochten einen Koburger, der dem englischen Königshaus nahe stand, nicht leiden; den Engländern wiederum schien ein Sohn des französischen Bürgerkönigs *Louis Philipp* der denkbar ungeeignetste Gatte für die spanische Königstochter. So kam es zu jener Politik der „Nichteinmischung“, deren Grenze Lord *Palmerston* markiert hatte. Jahrelang intrigierten Franzosen und Engländer gegeneinander, im Geiste des gleichen „herzlichen Einvernehmens“ (entente cordiale), wie es sich auch später nach dem grossen Krieg offenbarte, bis die spanische Königstochter schliesslich sich bereit erklärte, einen vertrottelten Vetter, mit Eunuchenstimme, „der kein Mann war“, zu heiraten.

Das war die Farce in den vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts; eine übelduftende, man darf wohl sagen, zum Himmel stinkende Affäre, hinter deren grotesker Fassade sich freilich sehr ernsthafte Dinge verbargen. Für Frankreich ging es zuerst darum, keinen ihm feindlichen Fürsten auf den spanischen Königsthron gelangen zu lassen wie den Enkel *Ludwig XIV.*; seine Südgrenze wäre dadurch gefährdet gewesen. Die geschichtliche Ueberlieferung, die natürliche Lage rechtfertigten in seinen Augen den französischen Anspruch auf Vormachtstellung in Spanien. Darum wehrte es sich gegen einen England verbundenen Fürstensohn.

Anders sahen es die Engländer. Aehnlich wie Flandern und die Dardanellen durfte nach ihrer Meinung auch Spanien nicht in die Hände einer nichtenglischen starken Macht fallen. Denn in Spanien lag der Schlüssel seit 1704 in Britanniens Händen. Ihm den zu entwenden, war eine militärisch starke Landmacht, wie Frankreich sie darstellte, zumal im Verein mit Spanien, wohl imstande. Frankreich und Spanien voneinander getrennt zu halten, war für England eine Selbstverständlichkeit; es hat sich dieser Aufgabe weder vorher noch nachher entzogen und liess erkennen, dass es notfalls vor der Neuaufgabe eines „spanischen Erbfolgekriegs“ nicht zurückschrecken würde.

So wandte sich *Palmerston*, um das „europäische Gleichgewicht“ nicht erschüttern zu lassen, an die drei Ostmächte um Unterstützung. Die Kabinette von Berlin und Petersburg waren nicht abgeneigt, sich auf Englands Seite zu schlagen, aber *Mettelnich* konnte sie überzeugen, dass es falsch sei, sich einzumischen oder, wie er nicht ohne Schadenfreude über die Spannung zwischen den beiden Westmächten meinte, die „Bolle des Zuschauers gegen die des Schauspielers zu vertauschen“, bevor man das Stück genau kenne. So blieb es bei der erwähnten unblutigen „Mittellösung“, die zu skandalösen Zuständen — die Schuld trifft am wenigsten *Isabella* — am spani-

schen Königshof führte. Der Farce groteskes Ende ist der Sturz *Louis Philapps* im Jahre 1848 und seine Flucht . . . nach England! Auch die Geschichte kann witzig sein!

#### Die Tragödie.

Die blutige Tragödie beginnt rund ein Jahrhundert später. Im Juli 1936 — am 18. dieses Monats — bricht in Spanien eine Militärrevolte aus. Seit 1934 spätestens wusste man, dass der Faschismus das Land unterwürflig. Wird Spanien einen ähnlichen Weg gehen wie Oesterreich, Opfer eines totalitär-klerikalen Regiments werden? Das war jahrelang die bange Frage. Der Sieg der Linken im Anfang des Jahres 1936 schien dem Spuk ein Ende gemacht zu haben. Aber „der König ging, die Generäle blieben“; wie 1918 in Deutschland, so in Spanien. Auch im Spanien von 1936. Es war ein Aufstand der Generäle, der ein paar Tage vor dem ursprünglich geplanten Termin ausbrach, begrüsst von der ganzen Morgenluft witternden europäischen Reaktion. Denn hinter den Gamaschenknöpfen zogen andere Kräfte die Fäden. Die Rebellen standen im Dienste der feudal-agrarischen Konterrevolution, geführt von dem grössten spanischen Grundbesitzer, der stärksten spanischen Kapitalmacht: der katholischen Kirche.

Mit „blitzartigem“ Ueberfall hatten die Generäle gerechnet, mit widerstandslosem Vordringen. Nun aber mussten sie erleben, dass grosse Teile des Heeres, der Flotte und der Guardia civil, der Polizeitruppe, nicht mitmachten, und dass das Volk mit wackelnden Fäusten gegen die Maschinengewehre anging und sich ihrer bemächtigte. Schlecht stand ihre Sache. Als ihre Kerntruppe waren die Mauren und die spanische Fremdenlegion auserselbst, deren brutal-sadistische Grausamkeit und Mordgier in Asturien (1934) den Teil der Welt, dessen Herz noch nicht ganz verhärtet war, vor Empörung zittern gemacht hatte. Wie aber sollten 1936 die Mordbestien auf Festland gebracht werden, wenn die Mehrheit der Kriegsschiffe in der Hand der „rechtmässigen“ Regierung geblieben war? Schlecht stand die Sache der Generäle. Nur eine Frage von Tagen, längstens weniger Wochen schien es zu sein, bis sie vernichtet würden und das spanische Volk seinen sozialen und politischen Aufstieg beginnen könnte.

#### Frankreich bleibt „neutral“.

Da kam den Rebellen unerwartete Hilfe von aussen. Die französische Regierung erklärte, sich in den Kampf nicht einzumischen, „neutral“ bleiben zu wollen. Seltsame Deklaration! Wurde in Spanien denn Krieg geführt? Nein, eine rechtmässige Regierung führte einen Kampf gegen Verbrecher. Das war der Tatbestand. Nach internationalem Recht durfte die spanische Regierung sogar die tatkräftige Unterstützung einer befreundeten Regierung erwarten, wenn sie sie angefordert hätte. An so weitgehende Forderung dachte die spanische Regierung gar nicht. Aber das erwartete sie als eine Selbstverständlichkeit — es war eine! —, dass die Handelsverträge, die sie mit einer befreundeten Macht abgeschlossen, auch innegehalten, dass die früher aufgegebenen und teilweise bezahlten Bestellungen auch ausgeführt würden. Es waren Orders auf Flugzeuge, auf Muni-

tion und Kriegsgerät dabei, zum grössten Teil wohl Privatgeschäfte, mit denen der Staat direkt nichts zu tun hatte. Aber der französische Staat verbot seinen Bürgern sogar diese normalen Geschäfte. Der Staat? Es war eine Regierung der *Volksfront*, die das Verbot aussprach, eine Regierung, an deren Spitze ein Sozialist stand. Nur ein bürgerlicher Minister, der Radikalsozialist *Pierre Cot*, dem das Luftfahrtwesen unterstand, hatte sich, so hörte man später, für die Ablieferung der bestellten Flugzeuge eingesetzt; er war überstimmt worden.

Während aber die französische Regierung der befreundeten spanischen so unbegreiflich in den Rücken fiel, fanden die Verbrecher reichlich Unterstützung von draussen. Ihre Lage verbesserte sich. Ausländische Flugzeuge mit ausländischen Piloten und Monteuren trafen zu ihrer Hilfe ein, überflogen wider alles Völkerrecht sogar französisches Gebiet, ohne dass die französische Regierung sich ernsthaft dagegen wehrte. Die fremden Flugzeuge bringen die Mauren auf das Festland, sie bombardieren die Schiffe der rechtmässigen Regierung, die ihrerseits aus dem schützenden Hafen von Tanger weggewiesen werden; mit der Begründung, dass das Tangerstatut den Kriegsschiffen kämpfender Mächte das Anlaufen des Hafens verbietet. Welch seltsame Umkehrung! Hier wird der Kampf gegen eidbrüchige Generäle, gegen notorische Verbrecher, eine Polizeiaktion also, zum Krieg deklariert, dort, wo er wirklich geführt wird, wie in der Mandschurei, in Abessinien, wird der Krieg zur „Polizeiaktion“! Ueber die rechtmässige spanische Regierung wird neben allem anderen die Sperre von Petroleum verhängt, das man Italien bei seinem Raubzug gegen Abessinien nicht verweigert, vielmehr in reichem Masse geliefert hat.

Italien und Deutschland schickten den Rebellen, was sie wollten; totes und lebendes „Material“, schossen, wie in Badajoz, Stellungen für sie sturmreif; England lieferte Kriegsmaterial dem, der es bezahlen konnte, denn die Regierung erklärte sich ausserstande, reguläre Privatgeschäfte zu verhindern. Neugierigen Abgeordneten erklärte sie durch den Mund *Lord Cranborne* diskreterweise (Unterhaus 31. 7. 37), es sei besser, über Spanien nicht zu reden!

Nur die französische Regierung war imstande, Privatgeschäfte zu verbieten. Am 1. August hatte sie im Geist ihrer seltsamen „Neutralität“ einen Appell an die europäischen Mächte erlassen, eine Politik der „Nichteinmischung“ durchzuführen; und während die anderen Staaten sich Zeit liessen, gemächlich über den Vorschlag berieten, und einseitigen ihre Lieferungen an die Rebellen forcierten, ging die französische Regierung mit „gutem Beispiel“ voran und führte die „Nichteinmischung“, das heisst nach dem Wort *Talleyrands* die Einmischung zugunsten ihrer erbittertesten Gegner durch!

#### England dirigiert.

Wie war das möglich, wie war solche Politik des Selbstmords zu erklären? Die englische Zeitschrift, „New Statesman and Nation“, begründet sie mit der unbedingten Friedenssehnsucht Frankreichs, das lieber den Untergang der Demokratie in Spanien als das eigene Land in einen Krieg verwickelt sehen wolle.

„Diese Erklärungen ist jedoch unvoll-

ständig“, führt die Zeitschrift fort, „Die Franzosen befragten *Downing Street* (das Britische Auswärtige Amt), bevor sie ihren Entschluss fassten, und schreckten erst vor dem Risiko zurück, nachdem sie die Gewissheit erhalten hatten, dass sie, wenn es gefährlich würde, nicht auf britische Hilfe rechnen dürften. London hatte, wie so oft in der langen Geschichte der demokratischen Rückzüge, die Schlüsselstellung inne und weigerte sich, sie für die Demokratie oder gegen den Faschismus zu gebrauchen. Herr *Baldwin* Maxime, dass unsere Grenze am Rhein verläuft, ist einzig auf geographische und strategische Ueberlegungen gegründet. Sie schliesst keine Sympathie für französische Humanität, für französische Kultur oder französische Demokratie ein. Sie hat einzig und rein materiell das Land der Kanalküste im Auge; diese darf nicht unter fremde militärische Kontrolle fallen. In *Downing Street* denkt man nicht im mindesten an eine englisch-französische Solidarität für die Verteidigung der Demokratie und der Einrichtungen, die sie nötig hat.“

Bestätigt hat den Tatbestand der französischen Aussenminister *Delbos* bei den Debatten in der Kammer.

Gelegnet hat vor dem Unterhaus sein englischer Kollege *Eden*, dass Frankreich von England unter Druck gesetzt worden sei. Das war, wortwörtlich genommen, keine Lüge! „Nur“, als die französische Regierung in London anfragen liess, wie die englische Regierung sich verhalten würde, wenn wegen Spanien ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausbräche, ob der *Locarno-Vertrag* dann zugunsten Frankreichs spiele, da erhielt man die Antwort, dass in dem Fall England sich nicht verpflichtet fühle, Frankreich zu Hilfe zu kommen. Und da zur gleichen Zeit das französische Schatzamt sich „in Druck“ befand — nicht ohne Nachhilfe der City — und auf englischen Kredit angewiesen war, musste es erfahren, dass englisches Gold nicht zu haben sei, wenn die Gefahr kriegerischer Verwicklungen bestünde. So durfte der Aussenminister *Eden* entrüstet die Behauptung abweisen, Druck ausgeübt zu haben. Und wenn er die Parole ausging, dass die „Bildung zweier feindlicher Blöcke in Europa“ vermieden werden müsse, so geschah das in „herzlichem Einvernehmen“ mit dem befreundeten Frankreich, das nicht wagte, dieser Politik des „Als ob“ zu widersprechen.

Das ist die Entstehungsgeschichte der „Nichteinmischung“, die das spanische Volk Ströme von Blut gekostet hat, und Europa am Abgrund des Krieges balancieren lässt.

**Der verschwundene Bischof.** Bischof *Sproll* von Rottenburg ist nach wie vor verschwunden. Der Gauleiter von Württemberg, *Murr*, hat im Stuttgarter Naziorgan einen neuen Heftartikel gegen den Bischof veröffentlicht, verschweigt aber den Aufenthaltsort des Bischofs. Man muss annehmen, dass der Bischof in ein Konzentrationslager geschleppt worden ist, weil er nicht an der Wahl teilgenommen hatte.

**Die Pest.** Im Staate *Newyork* sind sechs Naziführer verhaftet worden, die eines der Nazilager leiteten, die es in diesem Staate zu Dutzenden gibt. Nazis haben in *Newyork* einen antifaschistischen Redakteur überfallen und misshandelt.

## Lästerung

Als Hitler nach Rom fuhr, mit *Mussolini* um Blut und Menschenfleisch zu handeln, stimmten die Schönredner des Dritten Reiches in der „Frankfurter Zeitung“ die Leier, die Italienfahrt des Tyrannen zu besingen. Sie priesen sie als den reinen Ausfluss des deutschen Genius und griffen tief in den reichen Schatz seiner ewig bleibenden Werte, um die verhängnisvolle Verschwörung gegen den Frieden damit zu bekleiden — so, wie ein käuflicher Heraldiker den Wappenschild eines Emporkömmlings mit den Insignien eines edlen, aber erloschenen Geschlechtes ausschmückt. Von *Albrecht Dürer* über *Winckelmann* und *Goethe* bis zur deutschen Romantik bemühten sie alles, was edel in der deutschen Kultur ist, um daraus Talmizieraten für die Achse zu schmieden.

Der Stilist, der sich dieser Aufgabe unterzog, hat das Gegensätzliche als das Gemeinsame hingestellt, Hitler als den Vollender *Goethes*:

„. . . dass der Sinn Italiens überhaupt noch einmal der Menschheit enthüllt werden konnte. Hinter der leisen und doch unüberhörbaren Frage, die in deutscher Sprache gefragt worden ist: „Kennst du das Land . . .“ liegt als Antwort mehr als italienischen Land, liegt die Gewissheit des Humanen.“

„Junge Nationen sind angetreten, ihr Blick kann nicht nach rückwärts gewandt sein. Aber sie führen, bewusst oder unbewusst, auf der Fahrt in die unbekannte Zu-

kunft eine wertvolle Fracht mit sich, ein Stück edelster Geschichte, dass nämlich einmal der deutsche Geist das Land Italien aufgesucht hat, um für die Menschheit des Genius gewahr zu werden.“

Hinter dem Glanz der geschliffenen Sätze verbirgt sich tiefste Unwahrhaftigkeit; denn wer den Geist nicht in der Feder trägt, sondern im Busen, hätte die Lästerung empfunden, die im Gebrauch der besten Ueberlieferungen des deutschen Geistes für die Ausschmückung einer im literarischen Kurialstil gehaltenen Verherrlichung eines Bündnisses der Inhumanität und der rohen Gewalt liegt. Wäre das Verhältnis dieses Stilisten zu den unzerstörbaren Werten der deutschen Kultur echt, so hätte er sie mit innerer Notwendigkeit dieser Italienreise entgegengehalten — in überwältigendem Protest. Statt dessen hat er enthüllt, welche schmutzige und gesinnungslose Knechtsrolle heute dem Talent in Deutschland zugefallen ist. Die Wertverfälschung, deren er sich mit der Lösung seiner stilistischen Aufgabe schuldig gemacht hat, gehört zu den schmutzigsten Leistungen der „Frankfurter Zeitung“ seit ihrer Gleichschaltung.

Hitler, bewusst oder unbewusst, auf seiner Fahrt nach Rom ein Stück edelster Geschichte mit sich führend, und ein literarischer Speichellecker in Deutschland, hinter der Beratung der Achse die Gewissheit des Humanen für die Menschheit erkennend!

Und dann krachten die Fliegerbomben, den Himmel schwärzten die morddrohenden Geschwader, berstend, zerreissend, schmetternd gingen vor den beiden Tyrannen die Granaten nieder, der Paradeschritt dröhnte über das Pflaster, und dem in die Zukunft blickenden Auge entrollt sich das Bild einer Hölle: die Menschheit im Brande eines neuen Weltkrieges.

*Dürer*, *Winckelmann*, *Goethe*, die deutsche Romantik? Ach, wie sehr ist die Kündigung der besten deutschen Ueberlieferung zur Hure des Tyrannen geworden!

#### Tell - grundsätzlich zurückgestellt

Den „*Carlos*“ spielt man nicht mehr im braunen Reich seit man weiss, dass das Publikum *Posas* Worte sehr gut und richtig versteht und sie mit Beifallskundgebungen begleitet, die wiederum von den Nazis sehr gut und richtig verstanden werden, — nämlich als Demonstration wider die *Hitlertyrannie*.

Der „*Fiesko*“ ist im Hitlerland sowieso verpönt. Und seitdem das Regime schwanghaft Menschenhandel nach *Franco-Spanien* betreibt, musste auch „*Kabale und Liebe*“ von den deutschen Brettern verschwinden. Die *Zornesworte* des „alten Kammerdieners“ gegen den schmachtvollen Blutscher der deutschen Fürsten wurden bei den Berliner Aufführungen des Vorjahres vom Publikum so unverkennbar aktuell ge-

nommen und durch so demonstrativen Beifall unterstrichen, dass die Gestapo-Zensur sich genötigt sah, einzugreifen.

Wie aber steht es mit dem „*Tell*“, diesem glühendsten Bekenntnis zu Freiheit und Würde, wider Volks- und Geistes-knechtung, das je im Bezirk deutscher Bühnendichtung Gestalt gewann? Soll man ihn spielen — oder nicht? Dieses Problem wird ganz ernsthaft und mit einem bemerkenswerten Grad von Offenheit im Aprilheft der „*Literatur*“ behandelt, anlässlich der neuen *Tell*-Inszenierung der *Berliner Volksbühne*. Die „*Literatur*“ schreibt:

„Als im vergangenen Herbst die *Volksbühne* in Berlin als Eröffnungsvorstellung der neuen Spielzeit *Schillers* „*Wilhelm Tell*“ ankündigte und dann doch mit einem andern Werk begann, mag man sich gedacht haben: Natürlich, sie trauen sich nicht! Nun aber ist die Dichtung in der bemühten Inszenierung *Richard Weichert* herausgekommen. Sie haben sich doch getraut. Nur freilich mit auch Weichert nicht alle Probleme lösen können . . .“

Welche Probleme? Die künstlerisch-dematurgischen, vor die *Schiller* den heutigen Nachgestalter seiner Werke etwa stellen mag? Keineswegs. Es handelt sich um ganz was anderes. Nämlich: um die Frage, wie man den *Tell* gestapofähig macht, wie man die politisch-weltanschaulichen „Kernstellen“ vor hochverräterischem Beifall der Hörer bewahrt. Hier wird nicht klar, inwiefern einerseits *Weichert* Inszenierung mit Recht als eine „bemühte“ bezeichnet ist, inwiefern sie aber andererseits doch nicht alle „Probleme“ lösen konnte. Die „*Literatur*“ führt nämlich über Betrachtung wie folgt weiter:

„Wenn man beobachtete, wie *Weichert*



# Militärluftschiffe

## Warum USA kein Helium liefert / Von Ing. Kurt Doberer

Präsident Roosevelt hatte im März 1935, nach Verlust der „Macon“, des letzten amerikanischen Militär-Grossluftschiffes, einen Ausschuss führender Wissenschaftler, Ingenieure und Marineoffiziere eingesetzt, um die Verwendbarkeit von Luftschiffen noch einmal grundsätzlich zu überprüfen. Dieser Ausschuss stellte nach zehnmonatiger Arbeit zwei taktische Einsatzmöglichkeiten in den Vordergrund, bei denen Luftschiffe im Kriegsfall wertvolle Dienste leisten könnten.

Die Sachverständigen hielten das Luftschiff vor allem für Küstenpatrouillenfahrten, zur Aufspürung von Unterseebooten und Minenfeldern geeignet. Auch der zweite Punkt des Gutachtens enthielt noch einmal diesen einzigen entscheidenden Vorzug in einer Variante, wenn darin gesagt wird, dass Luftschiffe gut brauchbar zur sicheren Leitung von Truppentransportschiffen und Kriegsschiffen durch Minenfelder seien.

Diese zwei ersten Punkte des Gutachtens waren es auch, die allgemeine und nachhaltige Zustimmung in allen für die Rüstung verantwortlichen Kreisen Amerikas gefunden haben. Wenn auch die Öffentlichkeit damals aus dem Wortlaut des ganzen Gutachtens keine Ablehnung des Baues von Riesenluftschiffen herauslesen konnte, so bedeutete doch die Voranstellung von zwei Aufgaben, die mit Erfolg von Kleinluftschiffen gelöst werden können, im Grunde eine endgültige Ablehnung der grossen Zeppeline. Die militärische Praxis Nordamerikas hat in den folgenden Jahren diese Ansicht vollkommen bestätigt.

### Klein — aber sicher.

Zur Zeit, als der Inhalt des amerikanischen Gutachtens feststand, wurden von privater Seite aus Nordamerika in Deutschland bei der Luftfahrzeugbau-AG, Speyer, zehn Luftschiffe vom halbstarken Typ des seinerzeitigen deutschen Militärluftschiffes M4 bestellt. Diese Type hatte eine Länge von 110 Metern, eine Breite von 23 und eine Höhe von zwanzig Metern. Das Luftschiff fasste zwanzigtausend Kubikmeter Gas. Dieses halbstärke Luftschiff M4 ist insofern interessant, als es auch der Stammvater des erfolgreichsten Sowjetluftschiffes W6 ist, das sich von ihm nur durch seinen etwas gedrungeneren Bau unterscheidet. Sein Kubikinhalt von 20 000 Kubikmetern ist, das hat die sowjetrussische und amerikanische Praxis eindeutig gezeigt, die oberste Baugrösse für halbstärke Militärluftschiffe. Eine Halbierung oder Vervielfachung des Rauminhalts führt zu Kleinluftschiffen, die durch die weise Beschränkung des Arbeitsgebietes ein Höchstmass wirklicher Sicherheit eingetauscht haben. Diese Kleinluftschiffe sind heute der führende Typ in der amerikanischen Kriegsmarine geworden. Ihre beiden modernsten Vertreter, ein Luftschiff von nur dreitausendfünfhundert Kubikmetern und ein zweites von elftausendfünfhundert Kubikmetern, gehen eben in den Hallen der amerikanischen Goodyear-Gesellschaft ihrer Fertigstellung entgegen.

### Ohne Panzer unverwundbar.

Diese Militär-Kleinluftschiffe haben sich als ein sehr brauchbarer Teil des amerikanischen Heeres gezeigt. Für die Ausführung von Spezialaufgaben sind sie unersetzlich. Da die alten Modelle immer noch treu ihre Arbeit tun, wenn die neuen Typen in den Dienst gestellt werden, so kann man sie zuweilen in ganzen Herden über die Hafensstädte der Vereinigten Staaten ziehen sehen.

Kleinluftschiffe sind vor allem die U-Boot-Augen einer lauernden Flotte. Durch ihren hochliegenden Beobachtungsstand können sie tief in das Meer hinunterblicken. Was dem Beobachter an Bord der Schlachtschiffe nur graugrüne Wellenberge sind, ist ihnen durchsichtiges Glas. Wo das Flugzeug ewig kreisend Benzin fressen muss, liegen sie träge still, oder gehen mit wenig beanspruchtem Motor gegen den Wind. Aber sie sind nicht nur die Augen der Flotte, sie sind selbst die gefährlichsten Feinde der U-Boote. Wo das Flugzeug mit schwierigen Manövern, unter Schleifenziehen und Herabstossen seine Wasserbomben wirft, da ziehen sie langsam aber zäh immer auf dem Kurs des getauchten U-Bootes klebend mit und werfen mit vielfacher Sicherheit ihre gefährliche Last auf das Ziel. Auch gegen Minenfelder sind sie nicht blind wie die Schiffe. Sie sehen die schwarzen Sprengkörper schon von weitem verankert liegen und ein Schiff, das sich ihnen anvertraut, das führen sie sicher durch die tödlichen Minenfelder. Es ist auch anzunehmen, dass Kleinluftschiffe direkt zur Beseitigung von Minenfeldern eingesetzt werden können. Entweder ist den Minen durch gezielte Tiefenbomben beizukommen oder zwei Kleinluftschiffe reissen die Minen, ein in das Meer hängendes Stahlseil zwischen sich schleppend, aus den Verankerungen. Gerade diese Arbeit, die den Minenräumbooten vorbehalten ist, frisst sonst unerhörte Opfer an Menschen und Material. Mit genügend Kleinluftschiffen könnte man die Selbstmordkästen, wie man die Räumboote im Weltkrieg nannte und die immer eine schwere Belastung der Marinedisziplin darstellen, bis zu einem erträglichen Mass ausschalten.

### Zweimal ohne Luftherrschaft.

Es ist ohne weiteres einzusehen, dass Kleinluftschiffe, die durch Kampfflugzeuge leicht zerstörbar sind, nicht in einem Territorium eingesetzt werden können, in dem der Feind auch nur zu einem grossen Teil die Luftherrschaft an sich gerissen hat. Es gibt nun zwei grosse Staatenkomplexe, die allein durch ihre geographische Lage die Garantie bieten, dass ohne einschneidende territoriale Siege ein Feindstaat seine Luftherrschaft in ihren Gebieten nicht errichten kann. Diese beiden Mächte sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Sowjetunion. Beide Staaten haben weite Küstengebiete, die ausserhalb feindlicher Flugradien liegen, die aber doch durch feindliche Unterwasserkreuzer erreicht werden können. Für solche Gebiete sind Kleinluftschiffe ausge-

zeichnet zu verwenden und es ist deshalb kein Zufall, wenn besonders diese beiden Mächte führend im Bau von Kleinluftschiffen sind. Während USA bereits eine gewisse weise Beschränkung auf die 5000- und 10.000-Kubikmeter-Typen vorgenommen hat, ist man in Russland immer bereit, Lehrgeld zu bezahlen. Einerseits versucht man in Russland Miniatur-Luftschiffe von nur achthundert Kubikmetern Rauminhalt zu bauen, die in ihrer Gondel, für drei Mann, einen 30-PS-Motor haben. Auf der anderen Seite treiben Rekordmöglichkeiten die Konstrukteure dazu, den Versuch zu machen, die 20 000 Kubikmetergrenze zu überschreiten. Eine Lehre sollte das Luftschiff SSSR-W-6 sein, das einen Weltrekord schlug und dann den Zeppelin-Tod fand, während das primitivere älteste Sowjetluftschiff W-1, das einen kleinen Rauminhalt hat, heute immer noch treu seine Dienste tut. Es ist zu hoffen, dass die guten Erfahrungen, die Russland mit dem 10 000-Kubikmeter-Luftschiff W-8 macht, dazu führen, diese Grösse in Serien herzustellen.

### Fliegender Gaskessel.

Die Konsequenzen aus allen diesen Tatsachen führen uns eindeutig zu der Erkenntnis, dass das einzige Land, das weiterhin Zeppeline in Riesenausmassen baut, dies vielleicht aus steckenpferdigen, überspannten, aber jedenfalls aus friedlichen Anschauungen heraus tut. Denn das bezweifelt niemand, auch niemand in Deutschland, dass in der Epoche der Fliegenden Festungen, der Kanonenflugzeuge, ein Riesenzeppelin ein vollkommen kriegstaugliches Instrument geworden ist. Ein friedliches Riesenwerk im wahrsten Sinne des Wortes ist so ein Riesenzeppelin und jeder, der die Entwicklung des Transatlantik-Flugzeugverkehrs verfolgt, wird dazu noch sagen, dass dieser Zeppelin durch seine fast den Schnellschiffen angeglichenen geringe Geschwindigkeit auch geschäftlich völlig unrentabel sein wird. Aber das ist das, was den Amerikanern zu viel ist. Das kann man ihnen nicht mehr weis machen, dass die Deutschen ein oder zwei solcher Ungetüme aus Jux bauen, während sie den Bau von Militärkleinluftschiffen — mit denen die Deutschen selbst nach dem Kriege die besten Erfahrungen gemacht haben — vollständig unterlassen. Hier beginnt nun der amerikanische Bleistift seine Rechnung. Deutschland baut keine Militär-Luftschiffe, für die Amerika nach Gesetz und Verstand keinen Kubikmeter Helium liefern würde. Dafür baut Deutschland ein vielleicht gerade noch propagandistisch brauchbares Riesenungetüm für friedliche Zwecke, einen wahren fliegenden Helium-Gaskessel, für den es — redet man uns ein — natürlich auch noch einen Reserve-Gasvorrat braucht.

Deutschland will keine Garantie geben, dass es dieses Gas eines Tages nicht in andere Luftschiffe umfüllt. Nur um den berühmten Fetzen Papier geht der Streit. Es ist deshalb aktuell anzurechnen, dass die von Deutschland bestellte erste Rate von 19,7 Millionen Kubikfuss Helium ausreicht, um drei Riesenzeppeline vom Typ LZ-130,

oder um sechshundertfünfzig Militärluftschiffe vom Normaltyp zu füllen.

### Afrika und Asien.

Für Deutschland sei der Luftschiffverkehr eine Angelegenheit des nationalen Ansehens geworden, erklärt Oberst Breithaupt vom deutschen Luftfahrtministerium. Wir brauchen ein bisschen mehr Gas zum Nachfüllen, behauptet Dr. Eckener. Dabei bestellt er Helium für drei Riesenzeppeline. Und auf diesen Schmiss hin war die amerikanische Munitionskontrollbehörde auf Grund einstimmiger Empfehlung aller Mitglieder bereit, der deutschen Zeppelin-Reederei eine Menge Helium zur Verfügung zu stellen, die zur Füllung von fünfzig bis einhundert Militärluftschiffen ausreicht.

Wir fragen uns nun, welche Einsatzmöglichkeiten für deutsche Militärluftschiffe kann es geben? Wichtige Einsatzmöglichkeiten bilden Kolonialunternehmen in Afrika. Besonders in der Regenzeit ist die Nachschuborganisation gut auf Luftschiffe zu stützen. Anfangs 1936 hatte die italienische Heeresverwaltung einen grossen Plan zum Einsatz von Kleinluftschiffen vorbereitet, der aber dann durch den raschen Zusammenbruch der abessinischen Front unnötig geworden war. Deutsche Afrikaunternehmen, ob mit oder ohne Italien — Militärluftschiffe sind hier ohne Zweifel ausserordentlich brauchbar.

Wie sich Deutschland einen Vorstoss über die Ukraine nach Sowjetrußland hinein vorstellt, brauchen wir nicht zu untersuchen. Jedenfalls ist es wahrscheinlich, dass auch nach dieser, der asiatischen Richtung hin in den Köpfen die Möglichkeit von Grossraumstrategie und Grossraumtaktik spukt. Amerika muss sich deshalb klar sein, ob es Interesse an deutschen, aber mit amerikanischem Helium gefüllten, gegen Russland in Asien und gegen Frankreich und England in Afrika operierenden Militärluftschiffen hat.

### Nach der Reinigung

„Das ein sorgfältiges Durchkämmen des Haushaltsplanes nach überflüssigen oder nicht mehr tragbaren Beiträgen und Zuschussgewährungen eine Notwendigkeit ist, soll nicht bestritten werden. Gerade bei den aus alter Zeit bestehenden und Jahr für Jahr im Etat erscheinenden Beträgen erscheint dies angebracht, wie das Beispiel zeigt, das jüngst ein Bürgermeister erlebte. Jahr für Jahr zeigte sein Haushaltsplan Beihilfen an mehrere Einrichtungen bzw. Stiftungen, bis sich jetzt herausstellte, dass eine Reihe von ihnen zu einer Einrichtung bereits vor ein paar Jahren zusammengelegt worden waren, und so hatte diese neugebildete Einrichtung lustig ein paar Jahre die Beihilfen ihrer verschiedenen Rechtsvorgängerinnen eingestrichen. — Die Praxis ist bekanntlich oft reichhaltiger als die lebendigste Phantasie.“ („Kölnische Volkszeitung“ Nr. 45.)

Artfremd. Der Polizeipräsident von Freiburg i. Br. hat den amerikanischen Swing-Tanz verboten, da diese Tanzart dem deutschen Wesen artfremd sei. Ein ganzer Kontinent verjudet?

### Expropriation

Zu F. St.'s Artikel über die Judenenteignung lässt sich noch anführen: Wo sie nicht zum Aufbau einer neuen, höheren Wirtschaftsform geübt wird, bedeutet Expropriation fast immer gesetzlich zerstörerischen Raub. Eins der grössten historischen Beispiele bildet die grosse Expropriation der römischen Besitzenden i. J. 43 v. Chr.. Sie stellt einen der seltenen Fälle dar, wo die Bourgeoisie eines Riesenreiches fast restlos enteignet wurde.

Das Ereignis steht dicht vor jener Schlacht von Philipp, die mit dem Untergang des letzten aristokratisch-republikanischen Heeres unter Brutus und Cassius den endgültigen Sieg der kaiserlichen Monarchie über die römische Republik entschied.

Bevor sie zum Streit gegen Brutus und Cassius aufbrachen, hatten die vorläufigen Diktatoren Roms, die sogenannten Triumvirn, unter ihnen der erst 21-jährige Octavian, Neffe des von Brutus und Cassius ermordeten Diktators Caesar, bekannter unter seinem späteren Kaisernamen Augustus, ein fürchterliches Gemetzel unter den reichen Familien Roms veranstaltet. Man hat die Massen-Achtung der Vornehmsten auf politische Rachsucht zurückführen wollen, doch es lässt sich nachweisen, dass bei einer Gesamtzahl von 100 geächteten Senatoren und 2 000 Rittern (so hiessen in Rom die reichen Bürger, mit dem mittelalterlichen Ritterbegriff hat ihr Name nichts zu tun), dass also bei insgesamt 2 100 Schlachtopfern nur ganze 17 aus politischen Gründen gemeuchelt wurden.

Die andern fielen insgesamt der Rachsucht der Triumvirn zum Opfer, die kein anderes Mittel als die Konfiskation aller

grossen Vermögen sahen, um ihre unbezahlten Söldnertruppen beisammen zu halten. Nun hat es in den besten Zeiten nach zuverlässigen Aussagen nie mehr als wenige tausend Menschen in Rom gegeben, die „rem“, d. h. grosses Vermögen besaßen, eine Zahl, an der sich schon die Zeitgenossen des Augustus die Kluft zwischen den wenigen Schwerreichen und der besitzlosen Masse demonstrierten. Es ist also tatsächlich fast die gesamte römische Grossbourgeoisie damals von den Diktatoren expropriert worden. Da dies aber nicht um irgend welcher höherer Besitzordnung geschah, wie im Falle Russlands, so bildete sich alsbald aus den Erwerbenden der Beute eine neue Bourgeoisie. Nur die Personen der Schwerreichen wechselten — meist zum Schlimmeren — sonst blieb alles beim alten. Die blutige Expropriation von 43 v. Chr. hat daher den Verfall des Römerreiches nur beschleunigen helfen, wie jeder nackte Raub in der Geschichte destruktiv wirkt, — an Juden oder anderen begangen.

An Euren Früchten sollt Ihr Euch erkennen. Die „Hitler-Jugend“, die Zeitschrift der Hitler-Jugend, philosophiert in ihrer letzten Nummer über Streber und Streben in der Schule. Nach fünf Jahren, in denen Fleiss und Streben der deutschen Schuljugend immer verächtlicher gemacht wurden, scheint es den Herren vor den Resultaten einer solchen Erziehung angst und bange zu werden. Sie reden den Schülern gut zu „es sei doch ein schlechter Ausweg, nur auf die glücklichere Naturanlage zu vertrauen“. Wer fleissig sei, sei deshalb nicht ohne weiteres verächtlich.

### Schwejk

In der Nazipresse wird der Hetzfeldzug gegen die Tschechoslowakei weiter geführt. Görings „Nationalzeitung“ benutzt eine Polemik der polnischen Regierungspresse gegen die Prager „Lidove Noviny“, um den Tschechen höhrend zuzurufen: „Schwejk biedert sich an.“

Sie können nicht verstehen, was sich hinter der Gestalt des Schwejk verbirgt. Das Buch ist selbst von der Linken in Deutschland wenig verstanden worden — bis zum Anbruch des Dritten Reiches. Erst auf Grund der Erfahrungen mit dem Dritten Reich wurde vielen der dunkle Grundton dieses Buches klar — die Anklage gegen ein brutales Unterdrückungssystem, gegen das Spitzel- und Denunziantentum, gegen die Terrorjustiz, gegen die Vorgänger der SA-Bestien im österreichischen Militärarrest. Wer heute als deutscher Emigrant die ersten Kapitel des Schwejk wieder liest, erkennt, dass das tschechische Volk mit der Erringung seiner nationalen Freiheit zugleich einem schändlichen und brutalen Unterdrückungssystem ein Ende gemacht hat.

Die Pressekulis des Dritten Reiches, die mit diesem Wort glauben, das tschechische Volk beschimpfen zu können, beweisen damit nur, dass sie selbst Fleisch vom Fleische jener Stabsprofessen des alten Oesterreich sind, die im Prager Garnisonsarrest viele Häftlinge zu Tode prügeln; sie sehen nicht, dass sie mit dieser Reminiszenz nur das tschechische Volk daran erinnern, dass es besser ist, seine Freiheit kämpfend zu verteidigen, als sich wieder den würdigen Nachfolgern dieser Professe zu unterwerfen.

diese Kernstellen behandeln liess, so konnte man zu dem Eindruck gelangen, als hätte er sie am liebsten alle gestrichen. . . . Aber was soll der Spielleiter machen? . . . Lässt er den Tell und den Waller Fürst und den Attinghausen ihre mannhafte Weisheit so herausragen, wie man es wohl erwartet, dann ist des Beifalls bei offenem Vorhang kein Ende. . . . So entschliesst der Spielleiter sich denn, wohl oder übel zu starken und stärksten Dämpfungen. . . .

Aber auch das erwies sich als zwecklos. Auch der „bemühte“ und stark „gedämpfte“ Tell vermochte nicht die Gefahr staatsfeindlicher Applaus-Kundgebungen zu bannen. Und darum geht die „Literatur“ aufs Ganze und fragt rund heraus:

„Sollte man ihn (den Tell) nicht zunächst einmal grundsätzlich auf längere Zeit zurückstellen? . . .“

Natürlich, man sollte. Und man wird. Wenn nicht freiwillig, dann auf Himmels Gebheiss, der schon dafür Sorge tragen wird, dass dem Hut auf der Stange während der nächsten tausend Jahre nicht öftentlich die Reverenz verweigert wird. Teilnehmer an irgendwelchen illegalen Hülferversammlungen gehören nun mal ins Kazei und nicht auf die Bühne. Derartige Dinge sind also „grundsätzlich auf längere Zeit zurückstellen.“

Allenfalls — diese Lösung wagen wir vorzuschlagen — allenfalls könnte man auch den ganzen Schiller vom Hans Johst rührend würde es doch wirken, wenn z. B. Tell nicht mehr hetzerisch aufrecht am Hobbitszeichen vorbeigehen, sondern, gehorsam die Hand zum Gruss erhebend, ausrufen würde: „Heil Gessler!“



# Grundsätzliche Wandlung der Sozialpolitik

## Braune Leitsätze zur Gefolgschaftsversorgung

Jeder Staat ist zur Behauptung seiner Macht und seiner Staatsform gezwungen, Sozialpolitik zu betreiben. Er kann nicht darauf verzichten, selbst regulierend in das Verhältnis der Klassen zueinander und zum Staat selbst einzugreifen. Auch der kapitalistische Staat, vornehmlich jeder Staat der allgemeinen Wehrpflicht, wird Massnahmen treffen, einem physischen Verfall der breiten Volksmassen vorzubeugen. Da die Millionen der Besitzlosen die zahlenmässig grössten Klassen darstellen, so wäre ihr physischer Verfall gleichbedeutend mit dem Ruin des Staates selbst. Diese von einfacher Staatsraison diktierte Sozialpolitik hat einmal das alte Preussen veranlasst, die Fabrikarbeit der Kinder zu beschränken. Später folgte die Bismarcksche Sozialpolitik, um der aufsteigenden Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen.

In der Weimarer Republik erst kam es zu einer gewerkschaftlichen Sozialpolitik d. h. Ablösung einer Sozialpolitik für die Arbeiter durch Sozialpolitik der Arbeiter. An die Stelle einer Wohlfahrtspflege trat der Eingriff des Staates in die Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft mit dem Ziel, die Arbeiter vor den vollen Auswirkungen des Kapitalismus zu schützen.

Vor allem war es die deutsche Sozialversicherung, die im Rahmen der lohnpolitischen Entwicklung wachsende Bedeutung gewonnen hatte. Die Abnutzung und Beschädigung der Arbeitskraft hatte eine neue Risikoverteilung erfahren. In den Beiträgen der Unternehmer konnte ein teilweiser Ausgleich für den vorenthaltenen ausreichenden Lohn gefunden werden. Hugo Sinzheimer bezeichnete diese sozialpolitische Periode einmal als eine Zeit der abnehmenden Herrschaft des Eigentums über den Menschen.

Die Nazi-Diktatur hat nun in fünf Jahren nicht nur Stück um Stück dieses sozialen Aufbauwerkes abgetragen, sondern in dem ganzen Gewirr ihrer Gesetze, Verordnungen und Erlasse verbirgt sich auch eine bisher zu wenig beachtete Problematik der faschistischen Sozialpolitik überhaupt. Die Neuordnung der Sozialpolitik im Dritten Reich geht davon aus, dass sie ein Teil der faschistischen Staatspolitik ist und niemals losgelöst von ihr betrieben werden kann. „Noch so berechnete sozialpolitische Bedürfnisse eines Volkes können nicht erfüllt werden, wenn diese Erfüllung gegen das Staatswohl verstossen würde.“ Die Nazi-Theoretiker erklären, dass der Betrieb, der in der Republik Herd sozialer Unruhen war, der wichtigste Stützpunkt der Volksgemeinschaft werden muss. Ob Arbeitsfront, Schönheit der Arbeit, Kraft durch Freude, Wohlfahrtseinrichtungen oder Winterhilfswerk, alle neue Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, das Recht des Arbeiters auf staatlichen Arbeiterschutz abzulösen durch eine volksgemeinschaftliche Wohlfahrtspflege der Besitzenden für ihre Volksgenossen, die staatliche Sozialpolitik mehr und mehr zu ersetzen durch eine Sozialpolitik des Unternehmers.

Es ist deshalb im Rahmen der Naziauffassung nur folgerichtig, wenn der Abbauprozess der deutschen Sozialversicherung, ihre Enteignung durch die Reichskasse und ihre zunehmende Verkümmern Hand in Hand gehen mit der Schaffung eines Sozialversicherungersatzes im Betrieb und durch den Betriebsführer. Ein entscheidender Anfang zum Übergang der staatlichen Sozialversicherung zur Gefolgschaftsfürsorge durch den Betrieb wird soeben gemacht. Die Deutsche Arbeitsfront gibt zum 1. Mai 1938 die Leitsätze für die zusätzliche Gefolgschaftsversorgung bekannt, die wir wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die ganze Nazi-Sozialpolitik in ihren wesentlichsten Teilen anführen.

Die DAF hat festgestellt, dass die Betriebe in ihren Einrichtungen der Zusatzversicherung bisher zwischen Angestellten und Arbeiter unterschieden haben. Künftig sollen alle Gefolgschaftsmitglieder gleichmässig von der Betriebsversorgung erfasst werden. Die betriebliche Fürsorge wird universell eingeführt.

Bisher gab es, wie weiter festgestellt wird, hohe Altersversorgung für einzelne Günstlinge. Künftig soll einheitlich die Abstufung der betrieblichen Altersfürsorge auf der Grundlage des Leistungslohnes geregelt werden. Lohnhöhe und Altersversorgung werden also im gleichen Anreizsystem zusammengefasst. Wer nicht genügend schafft, wird vom Hunger im Alter bedroht.

Der dritte Leitsatz soll gegen den Verlust der Altersversorgung schützen, der bisher beim Ausscheiden aus dem Betrieb eingetreten war. Es heisst

„Wahrung voller Freizügigkeit für das Gefolgschaftsmitglied im Rahmen des Gemeinwohls“.

Dieser Propagandaleitsatz wird keinen Arbeiter darüber täuschen, dass die Freizügigkeit längst durch Kriegsverordnungen aufgehoben ist. Der Kommentar besagt denn auch: „Wenn staatspolitische Erfordernisse eine Einschränkung der Freizügigkeit notwendig machen, ist es Aufgabe des Staates einzugreifen.“

Es wird weiter für verwerflich erklärt, den Leistungslohn der älteren Arbeiter und Angestellten im Hinblick auf die Höhe der Altersversorgung zu kürzen. Zur gleichen Zeit wird eine Anordnung des Präsidenten der Reichsanstalt bekannt, endlich auch die älteren Ingenieure, Chemiker und Physiker einzustellen. Die Bewerber werden jedoch gewarnt, „ihre Unterbringung nicht durch zu hohe Gehaltsforderungen zu erschweren.“

Nach Leitsatz 5 soll verhindert werden, dass die Werkversorgung sich durch ärztliche Untersuchungen die ungünstigen Risiken fernhält. An anderer Stelle wird jedoch rühmend hervorgehoben, dass die Arbeitsfront im Berichtsjahr in 1762 Betrieben Reihenuntersuchungen durchgeführt hat, die allmählich auf alle Betriebe ausgedehnt

und regelmässig durchgeführt werden sollen.

Die folgende Bestimmung über den Rechtsanspruch auf Versorgungsleistung besagt nur, dass die bisher vereinzelt betrieblichen Einrichtungen allmählich an die Stelle der staatlichen Zwangsversicherung treten werden.

Wenn dann im Leitsatz 7 die Sicherung der Rücklagen durch entsprechende Anlage gewährleistet sein soll, so weiss jedes Kind, dass im heutigen Deutschland die Betriebskassen zwangsweise in Reichsanleihen und anderen Schuldverschreibungen des Reiches angelegt werden müssen. Von einer Sicherheit ist keine Rede.

Weiter wird verlangt, dass die Mittel vom Unternehmer aufgebracht werden sollen, eine Massnahme, die bei der Stabilisierung der niedrigen Löhne für die Unternehmer immer noch ganz rentabel wäre.

Aber schon der folgende Leitsatz 9 hebt seinen Vorgänger auf und bestimmt, dass bei Altersversorgungen „grösseren Umfangs“ die Gefolgschaft bis zu 50 Prozent zu Beiträgen heranzuziehen ist. Die Sozialabzüge werden sich also bei der Betriebsfürsorge nicht geringer gestalten als bei der

ehung ausgesetzt werden, bei ihren Anpreisungen zu unlauteren Mitteln zu greifen“, während der Chef in der gleichen Lage dem Reichsgericht über jeden Zweifel erhaben zu sein scheint.

Es bleibt dabei. Der Angestellte ist in der Sprache des Reichsgerichts ein „unnützer Zwischenverdiener“. Und die Sprache der Urteile wirft immer ein Licht auf den sozialen Geisteszustand eines Staates.

### Verstärkte Ausbeutung

Nach der amtlichen deutschen Statistik soll im Jahre 1937 die industrielle Gesamtproduktion die des Jahres 1928 um etwa 17 Prozent überschritten haben. Dieser hohe Stand kann nur ausgewiesen werden, weil vor allem die Schwerindustrie und der Bergbau infolge der umfangreichen Rüstungsaufträge die Erzeugung sprunghaft in die Höhe getrieben haben.

Dagegen bleibt der Geschäftsgang anderer Industriezweige weit hinter dieser Entwicklung zurück. Die geleisteten Arbeitsstunden in Prozent der vorhandenen Kapazität liegen im Jahresdurchschnitt 1937 in einigen Industrien zwischen 70 und 80 Prozent, in anderen sogar nur zwischen 60 und 70 Prozent. Zu Beginn des vierten Vierteljahres 1937 betragen die geleisteten Arbeitsstunden in Prozent der Kapazität: („Deutsche Wirtschaft — Deutsche Wertpapiere“, Dresdner Bank 1938)

Maschinenindustrie	74 %
Feinmechanik und Elektroindustrie	74 %
Chemische Industrie	73 %
Baugewerbe	76 %
Papierindustrie	69 %
Vervielfältigungsgewerbe	69 %
Bekleidungsindustrie	59 %
Lederschuhindustrie	55 %
Lederindustrie	67 %
Nahrungsmittelindustrie	72 %

Diese Uebersicht zeigt, dass die Produktionskapazität wichtiger Industriezweige bei weitem nicht voll ausgenutzt wird. Trotzdem soll die Produktionsmenge auch in diesen Industriezweigen teilweise die des Jahres 1928 übertroffen haben. Es muss demnach im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen eine scharfe Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskräfte erfolgt sein. Sie wird auch bestätigt durch die Entwicklung in jenen anderen Industrien, wo der Produktionsstand viel höher ausgewiesen wird als im Jahre 1928, ohne dass sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter in dem gleichen Umfang erhöht hatte.

Für die deutsche Kapitalistenklasse hat diese Entwicklung zu einer kräftigen Steigerung des Profits und zu einer sprunghaften Erhöhung der Aktienkurse geführt, die innerhalb der letzten drei Jahre um hundert Prozent — für einige Papiere sogar darüber — gestiegen sind.

### Die Verschwörung der Semiten

Aus einer süddeutschen Kleinstadt schreibt uns ein Berichterstatter: „Hier bereiten sich eine Reihe von Juden nun endgültig zur Ausreise vor. Ich kenne

staatlichen Sozialversicherung, sondern wahrscheinlich infolge der fehlenden Gefahrengemeinschaft teilweise viel höher als bisher.

Im Leitsatz 10 wird die Familienfürsorge gefordert, d. h. auch die bisher vom Staat getragenen Kosten der bevölkerungspolitischen Massnahmen haben künftig die Gefolgschaft selbst zu tragen.

Nach N° 11 wird die kollektive Gefolgschaftsversicherung in Verbindung mit privaten Versicherungsgesellschaften empfohlen. Prämien und Provisionen sollen dabei begrenzt werden. Der erhöhte Umsatz, den die privaten Gesellschaften aus der allmählichen Uebernahme der staatlichen Versicherung haben werden, dürfte sie für diese „Opfer“ an Einzelprofit im ganzen reichlich entschädigen. Die Versicherungsdividenden wachsen.

Schliesslich wird im Leitsatz 12 die bisher mögliche einmalige Kapitalabfindung beim Ausscheiden aus dem Betriebe aufgehoben. Bei der Energie, die von den Nazis in der Beseitigung der alten klassenkämpferischen Einrichtungen ausgeübt wird, kann es nur eine Frage der Zeit sein, bis die heutige betriebliche Zusatzversicherung allmählich die staatliche Sozialversicherung verdrängt und ersetzt haben dürfte. Die Zerreissung der Reichsversicherung in betriebliche Einrichtungen zerschlägt die soziale Gefahrengemeinschaft, verteuert die Beiträge und vermindert die Leistungen.

Aber entscheidend ist der staatspolitische Zweck, die Verankerung der Volksgemeinschaft im Betriebe. Die Wandlung der staatlichen Sozialpolitik zur faschistischen Werkspolitik vollzieht sich mit Riesenschritten.

allein 5 bereits ältere Juden, die jetzt englisch lernen. Sie haben einen britischen Sprachlehrer, der ihnen wöchentlich zwei Stunden gibt, und zwar immer in der grossen Wohnung des einen Juden. Letztlich erschien während des Unterrichts die Gestapo und nur der Umstand, dass der jüdische Lehrer energisch auftrat, hat den Juden geholfen, dass sie nicht abgeführt wurden. Gemeinsamen Unterricht dürfen sie jedoch nicht nehmen.

Sich stark machen. In Görings „Essener National-Zeitung“ erschienen Berichte über die Völkerbunds-Tagung in Genf unter folgenden Ueberschriften: „Genfer Hinderniskrieche gestartet. — Vom Hinderniskrieche zum Hürdenspringen. — Genfer Kabarett-Programm. Hauptattraktion: Halle Selassie. — Auch Litwinow ist noch dabei.“

### An die Bezieher des

## Neuen Vorwärts!

Wir bitten, Zahlungen nach

Paris zu leisten auf

Postscheck-Konto

Neuer Vorwärts Paris 885.01

## Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 150 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gulden 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lett. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.30 (3.60), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Dengo 0.40 (4.80), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46 149, Polen: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Warschau 194 790, Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14 697, Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088, Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Zeichnung der Konten ist erforderlich.

Le Gérant: Maurice COQUET.

### Etwas anderes

#### Chef und Angestellter

Während darüber debattiert wird, ob sich Arbeiter oder Arbeitgeber im Dritten Reich wohler fühlen, sprechen die deutschen Gerichte Recht. Das Reichsgericht beschäftigt sich in seiner Entscheidung vom 19. Januar 1938 — II 154-37 — („Juristische Wochenschrift“ 1938, S. 883) mit einer Klage wegen unlauteren Wettbewerbs. Eine Fabrik, die an Wiederverkäufer lieferte, hatte diesen eine Umsatzprämie eingeräumt, mit der Bestimmung, dass sie den Rabatt ihren Angestellten zugute kommen lassen sollten. Das Reichsgericht ist über die Manipulation erregt und meint:

„Gewiss ist das Rabattgewähren an sich nicht unerlaubt oder sittenwidrig. Wenn es aber soweit käme, dass — volkstümlich gesprochen — immer etwas an den Angestellten „hängen bleiben“ müsste, dann würde eben schliesslich jeder Lieferant, wenn er nicht ins Hintertreffen gelangen will, sich genötigt sehen, die Zuwendung zu bewilligen, und es würde dadurch, sobald sich erst ein fester Branch herausgebildet hat, im Endergebnis gerade nur wieder das Gleichgewicht hergestellt werden. Der Erfolg wäre also lediglich die Einschlebung eines volkswirtschaftlich unnützen Zwischenverdieners. . . . Hierzu kommt noch, dass den Angestellten dadurch zugemutet wird, sich in der Hoffnung auf die ihnen in Aussicht gestellte Belohnung besonders für die Ware des Vorteilgebers einzusetzen und sie vorzugsweise an den Mann zu bringen. Abgesehen davon, dass sie hierbei der Versuchung ausgesetzt werden, bei ihren Anpreisungen zu unlauteren Mitteln zu greifen, wird dadurch das wettbewerbliche Bild, das dem Käufer entgegen tritt und auf Grund dessen er seine Entscheidung zu treffen glaubt, geradezu verfälscht. Die Mitbewerber ebenso wie die Käufer wissen, dass jeder Händler seine Ware lobt und dass er sie um so mehr loben wird, je mehr er daran verdient; sie nehmen aber, solange wenigstens ein derartiger Missbrauch nicht eingerissen ist, nicht ohne weiteres an, dass die Angestellten eines Verkäufers sich für die eine oder andere Ware deshalb besonders einsetzen, weil sie dafür von dem Lieferanten . . . besondere Vorteile erhalten.“

Die flüchtigste Betrachtung führt zu der Erkenntnis, dass das Reichsgericht weder, wie es vorgibt, um das Wohl der Kundschaft noch um das Wohl der Konkurrenten besorgt ist, sondern dass es einfach der Gedanke an den „unnützen Zwischenverdiener“ verdrängt.

Erstens ist es für die Ladenkundschaft ganz einerlei, ob der Prinzipal oder dessen Angestellter den Rabatt erhält; denn, fliesst die Umsatzprämie in die Tasche des Chefs, so wird eben er seine Verkäufer anhalten, die ihm vorteilhafte Ware beim Verkauf zu bevorzugen. Es ist kaum anzunehmen, dass sich in diesem Falle ein Angestellter aus Gründen der Objektivität weigern könnte, der Anweisung des Arbeitgebers zu entsprechen. Ebenso fadenscheinig ist das Argument, dass nun alle anderen Mitbewerber die gleiche Vergütung gewähren müssten. Das müssen sie bei der Rabattgewährung an den Ladeninhaber ebenso. Am bezeichnendsten aber ist die Unterstellung, dass die Angestellten „hierbei der Versu-

